

## „Aktion Willkommen“

**CDU begrüßt die Aussiedler in ihrer neuen Heimat und hilft ihnen bei der Eingliederung**

Helmut Kohl:

### Sie kommen als Deutsche zu Deutschen

200 000 Deutsche werden als Aussiedler in diesem Jahr in unser Land kommen. Sie wollen nach schweren Zeiten wieder als Deutsche unter Deutschen leben. Sie sind uns herzlich willkommen. Die CDU will ihnen helfen, sich bei uns recht bald einzuleben. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat das als einen „Akt nationaler Solidarität“ bezeichnet. „Mein Wunsch ist es, daß wir sie mit offenen Armen empfangen.“ Die CDU-Verbände sind aufgerufen, mitzumachen. In dieser UiD-Ausgabe finden Sie alles Wissenswerte zum Thema und eine Menge Tips für Ihre Aktionen.

### So können Sie helfen

- **Aktionen und Tips**  
Vorschläge für unsere Orts-, Bezirks- und Kreisverbände.  
Seite 5
- **Flugblätter**  
Die Bundesgeschäftsstelle wird auch Flugblätter herausgeben, mit denen Sie sowohl die Bevölkerung wie auch die Aussiedler selbst ansprechen können. Seite 6
- **Im grünen Teil**  
dieser Ausgabe finden Sie als Dokumentation eine argumentative Ausarbeitung zum Thema und das vom Bundeskabinett beschlossene Sonderprogramm zur Eingliederung der Aussiedler.

# Ein Akt nationaler Solidarität

**Die deutschen Aussiedler aus den Ostblock-Staaten können mit der vollen Solidarität der Bundesregierung, der Parteien und anderer Organisationen rechnen. Vor der Pressekonferenz in Bonn erklärte Helmut Kohl (31. August 1988): Die Bundesregierung hat sich heute erneut eingehend mit der Situation der deutschen Aussiedler befaßt und einstimmig ein Sonderprogramm gebilligt, das zu einer schnelleren und wirkungsvolleren Eingliederung der Aussiedler beitragen wird.**

Wie Sie wissen, ist die Zahl der Aussiedler seit Sommer 1987 sprunghaft angestiegen. Bis 1986 kamen etwa 40 000 pro Jahr zu uns in die Bundesrepublik Deutschland, 1987 waren es rd. 86 000, dieses Jahr erwarten wir bis zu 200 000, also fast fünfmal mehr als noch vor zwei Jahren. Ich beurteile diese Entwicklung positiv und sehe in ihr auch einen Erfolg der kontinuierlichen Anstrengungen der Bundesregierung, den Deutschen in den Siedlungsgebieten Ost- und Südosteuropas zu helfen.

In der gegenwärtigen Situation geht es um drei Bereiche von Hilfen für die Aussiedler:

1. die Ausschöpfung der Bundeskompetenzen, was mit dem heute beschlossenen Sonderprogramm geschehen ist;
2. die Unterstützung der Länder bei den in ihren Verantwortungsbereich fallenden Wohnungsbaumaßnahmen; auch darüber ist heute im Kabinett ein Beschluß gefaßt worden; und
3. um Hilfen, die von Organisationen, gesellschaftlichen Gruppen und von jedem einzelnen unmittelbar in persönlichem Kontakt mit den Aussiedlern geleistet werden können.

Schwerpunkt des Sonderprogramms sind:

- Sprachförderung
- schulische und berufliche Eingliederung
- individuelle Beratung und Betreuung durch die Vertriebenen- und die Wohlfahrtsverbände.

Die Maßnahmen sind vor allem darauf gerichtet, die durch den hohen Aussiedlerzugang entstandenen aktuellen Schwierigkeiten zu beseitigen. Im übrigen können sich Bund, Länder und Gemeinden bei der Eingliederung auf einen bewährten und umfassenden gesetzlichen und administrativen Rahmen stützen, der schon in der Vergangenheit ständig neuen Erfordernissen und Bedürfnissen angepaßt worden ist.

Bevor ich zu den wichtigsten Maßnahmen komme, möchte ich zunächst etwas Grundsätzliches sagen:

## Staatliche Hilfe allein genügt nicht.

Eine erfolgreiche Eingliederung der Aussiedler in unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben kann nur gelingen, wenn alle bereit sind, unsere deutschen Landsleute als gleichberechtigte Bürger zu akzeptieren und ihnen mit Verständnis und Hilfsbereitschaft zu begegnen.

Die Aussiedler sind Deutsche, die bis heute besonders schwer unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges leiden. Es wäre beschämend, wenn diesen Menschen, die sich — allen Widrigkeiten zum Trotz — immer wieder zu ihrer deutschen Herkunft und Kultur bekannt haben, bei uns Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung entgegenschlüge.

Mein Wunsch ist, daß wir diese Landsleute mit offenen Armen empfangen. Nie-

mand von uns sollte vergessen, daß es den meisten von uns gut geht, während diese Landsleute in der Regel aus Bedrückung und Not zu uns kommen. Wir sollten dabei nicht nur über Solidarität reden, sondern sie auch wirklich praktizieren.

**Wir sollten das Menschenmögliche dafür tun, daß diese Menschen hier eine neue Heimat finden.**

Unsere neuen Mitbürger aus den Aussiedlungsgebieten sind ein Gewinn für unser Land und unsere Gesellschaft, und das nicht nur unter demographischen Gesichtspunkten. Es muß für uns selbstverständlich sein, den Aussiedlern eine neue Heimat zu geben und gerade den vielen jungen Menschen unter ihnen eine gesicherte Zukunft in Freiheit zu bieten.

Ein besonderes Problem ist, daß viele Aussiedler — besonders aus der jüngeren Generation — über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügen. Das ist nicht ihr Verschulden. Man muß sich bewußt sein, daß es den meisten Aussiedlern verwehrt war, unsere Sprache zu erlernen. Deshalb ist der Bedarf an intensiven Sprachkursen gestiegen; denn die Sprachförderung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung. Dies bedingt eine erheblich höhere Mittelvergabe durch die Bundesanstalt für Arbeit, aber auch eine bessere Organisation der Kurse, wenn man zum Beispiel an Mütter mit Kindern denkt, die zusätzlicher Betreuung — etwa durch Kindergärten — bedürfen.

Der Bund hat bereits mit Anstieg der Aussiedlerzahlen die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen erheblich erhöht und eine Reihe personeller und organisatorischer Vorkehrungen getroffen.

So wurde beispielsweise ab 1. Januar 1988 die Höchstdauer der Sprachförderung von 8 auf 10 Monate erhöht. Die

Aufnahmeeinrichtungen in Friedland, Nürnberg und seit 1. Februar 1988 auch in Unna-Massen sind vom Bund bereits personell und zusammen mit den beteiligten Ländern auch in ihrer Kapazität erheblich erweitert worden.

Zusätzlich zu diesem Sonderprogramm hat die Bundesregierung ein finanzielles Angebot an die Länder zur Durchführung dringend erforderlicher Wohnungsbaumaßnahmen beschlossen. Der Bund ist für 1989 bereit, über die Länder für die Schaffung von 30 000 neuen Wohnungen für Aussiedler — das betrifft Neubau-, aber auch Umbau-, Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen — 750 Millionen DM in Form von Zuschüssen zur Verfügung zu stellen.

Wir werden den Ländern vorschlagen, die Mietbindung für diese Wohnungen auf fünf Jahre zu befristen, weil nach aller Erfahrung die Aussiedler innerhalb weniger Jahre hier wirtschaftlich voll integriert sind. Wir gehen davon aus, daß es bei Bundeszuschüssen von je 25 000 DM pro Wohnung und Ländermitteln in gleicher Höhe und einer so kurzen Bindungsfrist gelingen wird, schnell ein zusätzliches Angebot von 30 000 Wohnungen bereitzustellen.

Um die zügige Umsetzung aller beschlossenen Maßnahmen sicherzustellen, habe ich bereits für Freitag, den 9. September 1988 die Regierungschefs der Länder und die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände zu einer Besprechung eingeladen.

**Wenn im Jahr 1990 der starke Zuzug von Aussiedlern anhalten sollte, womit wir rechnen, wird die Bundesregierung nochmals die notwendigen Finanzhilfen zur Verfügung stellen.**

Zur Frage des Wohnungsbaus für Aussiedler noch eine Anmerkung: In der Diskussion sind auch andere Lösungsmodelle. Wir sind aber zu der Auffassung

gelangt, daß die Aussiedler aus dem vorhandenen Wohnungsbestand nicht ausreichend versorgt werden können. Der Mietwohnungsmarkt ist gerade dort wieder angespannt, wo Beschäftigungschancen für Aussiedler bestehen.

Auch der frei finanzierte Mietwohnungs-Neubau kann keinen wesentlichen Beitrag zur Wohnraumversorgung leisten; denn für Neubauwohnungen werden in aller Regel Mietpreise gefordert, die die Aussiedler nicht bezahlen können.

Abschließend noch folgende Erläuterungen: Durch die erhöhte Zahl der Aussiedler wird sich auch die Zahl derjenigen erhöhen, die zur Eingliederung in den hiesigen Arbeitsmarkt einer beruflichen Fortbildung oder Umschulung bedürfen. Auch in diesem Punkt ist mit zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Bundesanstalt für Arbeit zu rechnen.

Eine sachgerechte individuelle soziale Beratung und Betreuung von nunmehr 200 000 Aussiedlern pro Jahr ist mit der vorhandenen Kapazität nicht möglich. Deshalb werden wir bereits 1989 und entsprechend auch für die Folgejahre die Zuschußmittel des Bundes an die Betreuungsorganisationen — nämlich die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und die Vertriebenenverbände — erhöhen.

Aber ich betone noch einmal: staatliche Maßnahmen allein genügen nicht. Erforderlich ist die Mitwirkung aller. Bei der Eingliederung unserer Landsleute handelt es sich um eine nationale Aufgabe, um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Deshalb werde ich auch in einer weiteren Besprechungsrunde mit den Kirchen und den gesellschaftlichen Gruppen zusammentreffen, um mit ihnen über ihre Beiträge zur Eingliederung der Aussiedler zu sprechen; denn sie alle stehen bei der Lösung der Probleme in der Verantwortung.

Wir sind bereits in Kontakt mit einigen Organisationen. Ich begrüße, daß z. B. vom Handwerk, aber auch vom Gastgewerbe Beschäftigungsinitiativen angeboten worden sind. Auch darüber müssen wir noch intensiv sprechen.

**Die Bundesregierung appelliert an alle Bürger in unserem Lande, den zu uns kommenden Aussiedlern, sei es durch die Übernahme von Familienpatenschaften oder auf andere Weise, das Gefühl zu vermitteln, daß wir an ihrem Schicksal Anteil nehmen und sie herzlich in unsere Mitte aufnehmen.**

Um mehr Verständnis für die nationale Aufgabe der Eingliederung der Aussiedler zu wecken und die Solidarität der einheimischen Bevölkerung mit den Aussiedlern zu fördern, ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Dabei bitte ich auch um Ihre Unterstützung.

### Zweites Flugblatt

Außer dem im UID abgedruckten Flugblatt „Aussiedler sind herzlich willkommen“ gibt es noch ein zweites Flugblatt, das sich direkt an die Aussiedler wendet, und zwar auch in russischer, rumänischer und polnischer Sprache. Dieses Flugblatt wird den Kreisverbänden zugeschickt.

### Drei neue Abgeordnete

Alfred Dregger, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, begrüßte in der ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause drei langjährige Abgeordnete von CDU und CSU, die bei der Bundestagswahl 1987 kein Mandat erhalten hatten, jetzt aber in den Bundestag nachgerückt sind. Für Karl Heinz Lemmrich ist Hans Graf Huyn (CSU) wieder dabei, für Alfred Sauter rückte Reinhold Kreile (CSU) nach, und für Ex-Verteidigungsminister Manfred Wörner sitzt Klaus Jäger (CDU) wieder im Parlament.

# So helfen wir den Aussiedlern

**Als Akt der nationalen Solidarität und als zwingende Notwendigkeit hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Aufgabe bezeichnet, den jetzt in großer Zahl bei uns eintreffenden Aussiedlern zu helfen. Das sollte gerade für uns Christdemokraten gelten.**

Neben der vordringlichen Beschaffung von Arbeitsplätzen und Wohnungen gibt es eine Fülle von Problemen, wo wir als CDU helfend eingreifen können:

## ● Patenschaften:

Eine hervorragende Gelegenheit, Aussiedler mit offenen Armen und tatkräftiger Hilfe zu unterstützen, bieten Patenschaften. Dazu können CDU-Verbände z.B. einen Gesprächs- und Patenschaftskreis gründen, in dem sich Aussiedler regelmäßig mit CDU-Mitgliedern und -Freunden treffen, um Bekanntschaften zu schließen. CDU-Verbände können darüber hinaus persönliche Patenschaften einzelner CDU-Mitglieder für Aussiedler vermitteln. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, ist grundsätzlich bereit, bei solchen Patenschaften die Schirmherrschaft zu übernehmen. Weitere Einzelheiten darüber teilt Ihnen die Bundesgeschäftsstelle gern mit.

● Die CDU regt für die Aussiedler Intensivsprachkurse, z. B. über die lokalen Volkshochschulen, an. In Gemeinden, wo nur kleine Gruppen ansässig sind, sollte auf die Mindestteilnehmerzahl verzichtet werden.

● Die Sprache zu lernen, dauert Zeit. Vom CDU-Freundeskreis werden daher, als Sofortmaßnahme, Bürger angesprochen, die die jeweiligen Landessprachen der Aussiedler beherrschen, um „Sprechstunden“ anzubieten. Auch bei Behör-

dingängen öffnet ein ehrenamtlicher Dolmetscher oft Tore, die sonst verschlossen geblieben wären.

● Draht zur CDU. Wenn Not am Mann ist, hilft die CDU weiter. Angebot an alle Aussiedler, sich an die örtliche CDU zu wenden.

● Die CDU-Fraktion beschließt oder bringt als Antrag ein, daß bestehende Vereine, die sich um die Eingliederung von Aussiedlern kümmern, von der Kommune unterstützt werden.

## ● Integration durch Information.

Gesprächsgruppen, bei denen die CDU jeweils den Referenten besorgt, werden zu unterschiedlichen Themen angeboten, z. B.: Wohnrecht, Arbeitsrecht, Versicherungsschutz, Berufsausbildung, Weiterbildungschancen.

● Hallo, neuer Nachbar! Unter diesem Motto lassen sich zahlreiche Aktionen anregen. Beispielsweise:

- Urlaubsmittfahrten für Aussiedlerkinder
- Seniorennachmittage
- Patenschaften für Familien
- Gemeinsame Wochenenden verbringen
- Nachbarschaftstreffen durchführen
- Die neue Heimat kennenlernen

● Bundestagsabgeordnete sollten ihr Reisekontingent nach Bonn nutzen, um auch Aussiedler einzuladen.

● Sportvereine machen mit! Sprechen Sie die örtlichen Sportvereine an und regen Sie Sonderkonditionen für Neubürger an. Nichts treibt die Integration schneller voran — gerade bei Jugendlichen — als aktiv in einer Mannschaftssportart mitzumachen.

# Aussiedler sind herzlich willkommen

## Sie kommen als Deutsche zu uns Deutschen

---

---

200 000 Deutsche werden als Aussiedler in diesem Jahr in unser Land kommen. Weil sie sich in ihrer bisherigen Heimat zu ihrem Deutschtum bekannten, mußten sie schwere Benachteiligungen in Kauf nehmen, wurden diskriminiert und sogar verfolgt. Das Recht auf die Pflege deutschen Brauchtums und der Gebrauch der deutschen Sprache wurde ihnen teilweise verwehrt. Sie verlassen ihre über Jahrhunderte und Generationen angestammte Heimat, weil sie ihnen zur Fremde gemacht wurde. Sie wollen wieder als Deutsche unter Deutschen leben.

Unsere Landsleute sind uns hier herzlich willkommen! Wir wollen ihnen helfen, sich bei uns recht bald einzuleben. Bundeskanzler Helmut Kohl

hat es als einen „Akt der nationalen Solidarität“ bezeichnet, den Aussiedlern mit Menschlichkeit zu begegnen und ihnen die Eingewöhnung in das Leben bei uns zu erleichtern. Mit ein wenig Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit, mit einem Ratschlag oder auch einfach nur mit ein paar guten Worten.

---

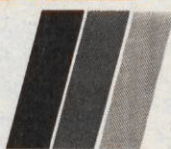
**Bundeskanzler Helmut Kohl:**  
„Mein Wunsch ist, daß wir sie mit offenen Armen empfangen.“

---

Wenn wir alle zusammenhalten, wenn Bund, Länder und Gemeinden, wenn die Kirchen, wenn viele soziale Organisationen und jeder Einzelne von uns in seinem Umfeld jetzt helfen, dann werden diese Deutschen sich bei uns bald wohl fühlen.

**Denken wir daran: Deutsche, die zu uns kommen, haben ein Recht auf unsere Hilfe.**

# CDU



*Die Zukunft*

Gerhard Stoltenberg:

## Haushalt 1989 sichert Stabilität und Wachstum

Bei der Einbringung des Bundeshaushaltes 1989 und des Finanzplans 1988 bis 1992 hielt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg folgende Rede: Die Entscheidungen zum Entwurf des Bundeshaushalts 1989 und der mittelfristigen Finanzplanung stehen unter den Vorzeichen erheblicher neuer Anforderungen an den Staat, grundlegender verbesserter wirtschaftlicher Daten und Erwartungen sowie einer Neubestimmung von Ausgaben und Einnahmen im Verhältnis von Bund, Ländern und Europäischer Gemeinschaft. Der vorgelegte Etat setzt auch unter veränderten Bedingungen den Kurs sparsamer, verantwortungsvoller Verwendung öffentlicher Mittel fort und trägt dazu bei, das Wachstum unserer Volkswirtschaft nachhaltig zu fördern.

Wesentlich ist, daß die in diesem Jahr durch Sonderfaktoren vorübergehend erhöhte Neuverschuldung wieder deutlich zurückgeführt wird. Sie soll nach knapp 40 Milliarden DM 1988 auf weniger als 32 Milliarden DM im Jahr 1989 absinken. Die Bundesregierung will am Ziel stabiler Grundlagen für die öffentliche Finanzwirtschaft festhalten.

Die Ausgaben im Bundeshaushalt 1989 sollen um 4,6 Prozent auf 288 Milliarden DM zunehmen. Der Anstieg ist damit deutlich höher als in den letzten sechs Jahren, als er durchschnittlich nur zwei Prozent betrug. Diese einmalig erhöhte Wachstumsrate ist auf die vereinbarten zusätzlichen Leistungen des Bundes an strukturschwache Länder in Höhe von

2,45 Milliarden DM sowie auf Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit von 3,3 Milliarden DM zurückzuführen. Ohne diese Sonderfaktoren wäre der Ausgabenanstieg bei 2,5 Prozent geblieben. 1990 soll der Zuwachs wieder auf etwa zwei Prozent — 1991 und 1992 auf 2,5 Prozent — zurückgeführt werden.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist in den Ablauf wirtschaftlicher Entwicklungen und ihrer manchmal kurzfristigen Schwankungen eingebunden. So sind gewisse Abweichungen von angestrebten Zielgrößen und quantitativen Orientierungen in einer Zeit des raschen Wandels der Prognosen unvermeidbar. Stetigkeit und Verlässlichkeit in der Finanzpolitik heißt deshalb vor allem, langfristig an klar gesetzten Zielen und Grundsätzen festzuhalten und auch unter veränderten Bedingungen die für richtig erkannten Konzeptionen Zug um Zug zu verwirklichen.

Für das laufende Haushaltsjahr 1988 hatten wir im Herbst letzten Jahres für die Nettokreditaufnahme einen Rahmen von 29,5 Milliarden DM vorgesehen. Die schon damals zu erwartenden, im Volumen zunächst aber noch nicht abschätzbaren Einnahmeverluste durch erhöhte Finanzierungsbeiträge an die Europäische Gemeinschaft sollten — wie bereits von der Koalition Anfang 1987 vereinbart und angekündigt — durch eine maßvolle Anhebung bei den Verbrauchsteuern ausgeglichen werden.

Um den Jahreswechsel ergab sich jedoch eine erheblich veränderte Lage:

■ Nach den weltweiten Erschütterungen

an den Devisen- und Aktienmärkten wurden die Wachstumserwartungen für das Jahr 1988 beträchtlich zurückgenommen. Vor allem von der deutschen Opposition wurde die Gefahr einer Rezession in düstersten Farben beschworen.

■ Der in den letzten sechs Wochen 1987 überraschend starke Kurseinbruch des US-Dollars erreichte Ende Dezember seinen Tiefpunkt. So entfiel die eingeplante Ablieferung des Bundesbankgewinns von sechs Milliarden DM aufgrund des plötzlich eingetretenen Abschreibungsbedarfs nahezu völlig.

Wir haben in jenen Wochen der Unruhe und des übergroßen Pessimismus den verbreiteten Forderungen nach hektischen Aktionen widersprochen. Aber in Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat und den führenden internationalen Organisationen rechneten auch wir mit einem verhalteneren Wachstum. Deshalb schätzten wir im Jahreswirtschaftsbericht für 1988 einen Zuwachs des realen Brutto sozialproduktes von nur 1,5 bis höchstens zwei Prozent, was damals von der sozialdemokratischen Opposition und manchen Kommentatoren scharf als illusionärer Zweckoptimismus angegriffen wurde. Aufgrund der vorhergesagten Wachstumsstockung entschlossen wir uns, ein höheres Haushaltsdefizit vorübergehend hinzunehmen und die vorgehene Anhebung der Verbrauchsteuern auf 1989 zu verschieben.

Wir haben bereits am Jahresanfang klar gesagt, daß die sich abzeichnende Nettokreditaufnahme von etwa 40 Milliarden DM nur kurzfristig vertretbar sei. Das Kabinett erklärte in seinem Beschluß vom 7. Januar, bereits im Haushaltsjahr 1989 müsse wieder eine Größenordnung von etwa 30 Milliarden DM angestrebt werden.

Dabei haben wir massiven Forderungen nach zusätzlichen milliardenschweren

und kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen ebenso widerstanden wie vielfältigen Appellen, die Steuern schneller und umfassender zu senken. So konnten eine noch wesentlich höhere Ausweitung der Nettokreditaufnahme abgewehrt, erhebliche Zusatzbelastungen vom Bundeshaushalt abgewendet und das Vertrauen in die Berechenbarkeit der Finanzpolitik gestärkt werden.

## Konjunkturelle Entwicklung besser als erwartet

Seit dem Jahresanfang hat sich der zunächst verhangene wirtschaftliche Horizont aufgehellt. Die Wachstumsdynamik verstärkte sich erheblich. Zu einer über Erwarten guten Exportentwicklung kommen vor allem die erhebliche Steigerung der Binnennachfrage und als wichtigster Trend seit einigen Monaten ein sehr starker Anstieg der privaten Investitionen.

So haben der private Verbrauch im ersten Halbjahr voraussichtlich um über drei Prozent, die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen sogar um rund 4,5 Prozent real zugenommen. Statt 1,5 bis zwei Prozent rechnen wir jetzt mit drei Prozent real Wachstum.

Zu dieser positiven Wende hat unsere Politik einen maßgeblichen Beitrag geleistet.

Vor allem durch ein sehr hohes Maß an Preisstabilität und die Steuersenkungen stiegen die real verfügbaren Einkommen der Bürger 1986 und 1987 durchschnittlich jeweils um gut vier Prozent an. 1988 werden es voraussichtlich erneut 3,5 Prozent sein. Man muß sehr weit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zurückgehen, um sich an eine vergleichsweise eindrucksvolle Entwicklung über jetzt drei Jahre hinweg zu erinnern. Diese Zahlen widerlegen die ständig gebetsmühlenartig wiederholte Propagandaparole der SPD, unsere Politik sei gegen die Interessen der breiten



Schichten der Bevölkerung gerichtet. Immer mehr Menschen wissen, was Preisstabilität für sie tatsächlich an sozialem Fortschritt bedeutet.

Wir haben aktiv und erfolgreich an der Erneuerung und Vertiefung der scheinbar im Herbst gefährdeten internationalen Zusammenarbeit der Industrieländer in der Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik mitgewirkt. Es gibt bei allen Unterschieden im einzelnen eine wachsende Übereinstimmung in den vorrangigen Zielen. Dies wird in der Finanz- und vor allem Steuerpolitik der Industrieländer ebenso sichtbar wie in dem gemeinsamen Bemühen, starke Ausschläge bei den Wechselkursen zu vermeiden und in den Verhandlungen für eine schrittweise Öffnung der Märkte.

### **Fortsetzung des stetigen Aufschwunges auch 1989**

Wir gehen mit dieser gestärkten Dynamik in das Jahr 1989. Die gute Konstitution unserer Volkswirtschaft begründet die Erwartung, daß der Aufschwung auch im siebten Jahr anhalten wird.

Nach sechs Jahren stetiger Expansion wird es für die Opposition immer schwieriger, wirtschaftliche Erfolge glücklichen Zufällen zuzuschreiben. Zunächst sollten es nur die günstigeren Exportbedingungen gewesen sein. Aber 1986 und 1987 verminderte der sinkende Außenbeitrag rechnerisch den Zuwachs des realen Brutto sozialprodukts um jährlich über einen Prozentpunkt. Jetzt sucht die Opposition — bisher vergeblich — nach Gründen, warum die von ihr angekündigte Rezession in diesem Jahr ausblieb. Dabei sind die Zusammenhänge nicht schwer zu erkennen:

— Wir haben seit 1982 den Zuwachs der öffentlichen Ausgaben, die Staatsquote und den Anteil der öffentlichen Kreditaufnahme am Brutto sozialprodukt zurückge-

führt. Das war eine wesentliche Voraussetzung für mehr Preisstabilität und steigende private Investitionen.

— **Wir verwirklichten die Steuerreform und sorgen damit für eine nachhaltige Verringerung der Steuerlast.** Bis 1990 wird der Anteil der Steuern an der gesamtwirtschaftlichen Leistung mit 22,7 Prozent den niedrigsten Wert seit 1960 erreichen. Dies gilt unter Einbeziehung der von der Bundesregierung vorgeschlagenen maßvollen Anhebung von Verbrauchsteuern. Es bedeutet im Ergebnis eine wesentlich nachhaltigere Anerkennung beruflicher Leistung und unternehmerischer Erfolge.

### **Die Steuerreform bringt dauerhafte Entlastungen**

Wir haben über die Grundfragen und Einzelprobleme der Steuerreform bereits bis zur Sommerpause debattiert. Ich möchte rückblickend drei Punkte besonders betonen:

**Durch die Steuerreform wird die ganz überwiegende Mehrzahl der Bürger — auch unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Anhebung einiger indirekter Steuern — dauerhaft entlastet und nicht zusätzlich belastet, wie es die Opposition in völliger Verdrehung der Tatsachen vorzutäuschen versucht.** So vermindert sich für einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Bruttoverdienst von 42.700 DM die sich im Zeitraum 1986 bis 1990 ergebende Bruttoentlastung von rund 2.000 DM durch die vorgeschlagenen Veränderungen bei den Verbrauchsteuern im Durchschnitt um rund 300 DM.

**Durch die gleichmäßigere Erfassung der steuerpflichtigen Einkommen und den Abbau von Steuerprivilegien und Steuer subventionen wird unser Steuersystem insgesamt gerechter und volkswirtschaftlich wirksamer gestaltet.** Der immer wieder beschworene Subventionsabbau erfolgt

durch die Verringerung der Steuervergünstigungen in der Abgrenzung des Subventionsberichts um sechs Milliarden DM. Unter Einbeziehung von bisherigen Ausnahmeetatbeständen und Sonderregelungen sind es 13 Milliarden DM jährlich.

In immer mehr westlichen Industrieländern werden dieselben Grundgedanken bei der Reform der Steuersysteme verwirklicht. In den letzten Monaten haben auch Italien und Belgien vergleichbare Konzepte eingebracht, bei sozialistischer Regierungsbeteiligung in beiden Ländern, mit einer Absenkung des Spitzensteuersatzes und einer generellen Verringerung des Tarifverlaufs.

Wir stehen im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme um unternehmerische Investitionen und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Es geht um die spürbare Reduzierung der Steuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, um die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und die Verringerung steuerlicher Vergünstigungen. Es wäre verhängnisvoll, diese Entwicklung zu ignorieren.

## SPD – ohne steuerpolitisches Konzept

Sozialdemokraten leisten sich immer noch diesen Luxus. Aus ihrem erst kürzlich zurückgezogenen Alternativkonzept zur Steuerreform der Bundesregierung geht hervor, daß ein wirklicher Abbau der Progression im Einkommensteuertarif nicht gewollt wird, daß Steuererleichterungen für Betriebe, die wir seit 1983 verwirklicht haben, sogar zurückgenommen werden sollen.

Zu solchen steuerpolitischen Vorstellungen schrieb „Die Zeit“ am 29. April diesen Jahres: „In nahezu allen Staaten der Europäischen Gemeinschaft und in den wichtigen Konkurrenzländern der Bundesrepublik und auf den Weltmärkten sind die Regierungen dabei, die Steuer-

last für ihre Unternehmen zu senken. Das Kontrastprogramm der SPD-Kommission paßt dazu wie die Faust aufs Auge ... Gegen den Strom sollte eine Opposition schon schwimmen, doch nicht gleich gegen den Rest der Welt.“ Knapper und treffender kann eine Bewertung des Beitrags der SPD zur aktuellen Steuerdiskussion kaum formuliert werden.

Das Bild der Orientierungslosigkeit ist in den letzten Tagen in Münster nachhaltig bestätigt worden. Der langjährige finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Spöri, forderte in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ einen Sonderparteitag zur Steuerpolitik und erklärte:

„Die Widersprüche unserer Vorstellungen müssen endlich diskutiert werden.“ Er sagte: „Die Steuerdiskussion ist zu lange übertüncht worden.“

Im Mittelpunkt seiner Vorstellungen stehe die Senkung des Energieverbrauchs mittels einer Energiesteuer für Privathaushalte. Die Lohn- und Einkommensteuer solle weiter gesenkt werden. Zur neuerlichen Veränderung des von der Koalition herabgesetzten Spitzensteuersatzes wollte Spöri sich nicht festlegen. Demgegenüber kritisierte der Kollege Apel die von Spöri und auch von vielen anderen SPD-Politikern geforderte Erhöhung von Verbrauchsteuern.

„Wir dürfen auch nicht indirekt Schützenhilfe für Stoltenbergs Verbrauchsteuererhöhungen leisten.“

Noch bemerkenswerter erscheint mir die Aussage des Kollegen Wolfgang Roth im „Handelsblatt“:

„Die SPD wirft Herrn Stoltenberg nicht vor, daß er die Mineralölsteuer erhöht. Wir werfen ihm vor, daß er sie für den falschen Zweck erhöht, nämlich zum Stopfen von Haushaltslöchern.“

Wenn Spöri, Hauff, Lafontaine und sehr starke Kräfte in der SPD den privaten

Energieverbrauch durch eine massive Besteuerung absenken wollen, dann denken sie an ein Vielfaches an Steuerbelastungen im Vergleich zu unseren vom Kollegen Apel heftig kritisierten Vorlagen für die maßvolle Anhebung indirekter Steuern.

## Erfolge der internationalen Kooperation in der Finanz- und Währungspolitik

Die Erfolge der internationalen Kooperation in der Finanz- und Währungspolitik werden von manchen Kritikern ebenso gerne übersehen wie diejenigen unserer Steuerreformpolitik. Dem sogenannten Louvre-Akkord vom Februar 1987, der Vereinbarung der großen westlichen Industrieländer über die bessere Abstimmung der Finanz- und Währungspolitik mit viel größerer Stabilität bei den Wechselkursen und ausgeglichenerer Handelsbeziehungen, wurde der Mißerfolg vielfach prophezeit. Nachdem der Wertverfall des Dollars lange Zeit unaufhaltbar schien, steht der Dollar heute einige Pfennige über dem Kurs vom Februar 1987. Die Zentralbanken Europas und der USA haben in bestimmten Situationen durch erhebliche Interventionen die Märkte beeindruckt. Sie werden dies, falls erforderlich, auch in Zukunft tun.

Stabilere Wechselkurserwartungen haben die Exportbedingungen in allen beteiligten Ländern wesentlich verbessert. Die Anpassung, insbesondere bei den Leistungsbilanzsalden, hat begonnen. Die Tatsache, daß dieser Prozeß immer noch vergleichsweise langsam vorankommt, unterstreicht, wie notwendig die Erhaltung realistischer und stabiler Bedingungen für den internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen ist. Eine stärkere Abweichung des Dollarkurses vom gegenwärtigen Niveau würde bei uns wie in unseren Partnerländern neue

Probleme bei Zinsen, Preisen und im Außenhandel hervorrufen.

Enge Zusammenarbeit und zunehmende Stabilität des Dollarkurses hat vor allem das Europäische Währungssystem vor schwerwiegenden Turbulenzen bewahrt. Entgegen immer wieder anders lautenden Prophezeiungen haben die am 17. Januar 1987 vereinbarten Leitkurse weiterhin Bestand. Bei einem Anteil der westeuropäischen Länder von 50 Prozent am deutschen Export bedeutet dies sichere Kalkulationsgrundlagen für eine sehr große Zahl unserer Betriebe.

## Neue Aufgaben: Hilfen für strukturschwache Länder, Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit und EG

Diese auf der Grundlage langfristig angelegter wirtschafts-, finanz- und währungspolitischer Entscheidungen erreichten Erfolge bestärken uns darin, am eingeschlagenen Kurs festzuhalten.

Neue Aufgaben ergeben sich vor allem in folgenden Bereichen:

■ Wir haben vor der Sommerpause im Zusammenhang mit der Initiative Niedersachsens vereinbart, durch Strukturhilfen des Bundes noch stärker zur gleichgewichtigeren Entwicklung in den einzelnen Bundesländern und Regionen beizutragen. Wir haben hierfür längerfristig jährlich 2,45 Milliarden DM vorgesehen. Der Bund stärkt damit die Investitionsfähigkeit der anderen Gebietskörperschaften.

■ Im Vergleich zu 1982 hat die Bundesanstalt für Arbeit ihre Leistungen für aktive Arbeitsmarktpolitik im laufenden Jahr mehr als verdoppelt. Darüber hinaus wurden wesentliche Verbesserungen beim Arbeitslosengeld eingeführt. Aufgrund des sich abzeichnenden Defizits der Bundesanstalt für Arbeit sind zwei Maßnah-

men vereinbart worden. Die an sich fällige Erhöhung der Beiträge unterbleibt, um die Lohnnebenkosten nicht anzuheben. Der Bund übernimmt 1989 einen Zuschuß von 3,3 Milliarden DM in seinen Etat. Zugleich werden gesetzliche und freiwillige Leistungen der Bundesanstalt um 1,8 Milliarden DM zurückgeführt.

■ Durch die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 11. bis 13. Februar dieses Jahres werden die finanziellen Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft erheblich gestärkt. Damit ist die Finanzierung der erweiterten vertraglichen Aufgaben der Gemeinschaft gesichert und vor allem die Möglichkeit geschaffen, durch eine spürbare Aufstockung des Strukturfonds zu einer gleichmäßigeren wirtschaftlichen Entwicklung in den schwächsten Mitgliedsländern beizutragen.

Wir stärken damit nicht nur den Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Vor allem schaffen wir wesentliche Voraussetzungen für die Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992, für einen großen reformerischen Schritt, der Europa entscheidend voranbringen wird. Der Binnenmarkt soll Europas Stellung in der sich verändernden Weltwirtschaft stärken und wird so allen Bürgern Vorteile bringen.

Aber er bedeutet nicht Abschottung nach außen, wie von einigen Kommentatoren in den USA oder Japan zu Unrecht befürchtet wird. Wir haben gemeinsam mit unseren Partnern bei der Verabschiedung der wegweisenden EG-Richtlinie über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft festgelegt, daß dadurch die Freizügigkeit der Kapitalbewegungen über die EG hinaus in keiner Weise in Frage gestellt wird. Dieselben Prinzipien werden die Bundesregierung bei den anderen anstehenden Entscheidungen leiten.

Der Bund wird bereits in diesem Jahr auf über vier Milliarden DM Einnahmen zugunsten der Europäischen Gemeinschaft verzichten. Bis 1992 wird sich dieser Betrag schrittweise auf über neun Milliarden DM erhöhen.

Aus den drei genannten neuen Aufgabenschwerpunkten ergeben sich bis 1992 jährliche Ausgaben und Mindereinnahmen von insgesamt 11 bis 12 Milliarden DM. Die vorgesehene Anhebung der Verbrauchsteuern wird nur einen Teil des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs decken. Weitere zwei bis drei Milliarden DM jährlich müssen durch eine sehr sparsame Ausgabengestaltung aufgefangen werden.

## Höhere Steuereinnahmen auch für Gemeinden

**Die positive Wirtschaftsentwicklung dieses Jahres führt auch zu höheren Steuereinnahmen. Dies gilt vor allem für die Städte und Gemeinden. Sie verzeichneten im ersten Vierteljahr ein Plus von über sieben Prozent. Im zweiten Quartal stiegen allein die Gewerbesteuererinnahmen um 11,6 Prozent an.** Die düsteren Vorhersagen, vor allem des Deutschen Städtetages, der Oberbürgermeister Schmalstieg und Rommel, über die Wirkungen unserer Steuersenkungspolitik sind durch diese erfreuliche Entwicklung bereits 1988 widerlegt worden. Für den Bund verläuft der positive Trend etwas verhaltener. Wir rechnen 1988 mit Mehreinnahmen von etwa 1,5 Milliarden DM, die zur Verringerung der im vorgelegten Nachtragshaushalt mit 39,2 Milliarden DM geschätzten Nettokreditaufnahme verwendet werden sollen.

## Sparsame Ausgabenpolitik setzt sich fort

**Erfreulich ist, daß sich die sehr verhaltene Ausgabenentwicklung unseres Etats in diesem Jahr fortsetzt. Sie dürfte etwa dem**

### Haushaltsoll mit einem Zuwachs von nur 2,4 Prozent entsprechen.

Bei aller Genugtuung über verbesserte Einnahmen — die Neuverschuldung ist immer noch viel zu hoch. Wir wollen mittelfristig die Kreditaufnahme des Bundes wieder auf die 1985 und 1986 erreichte Größenordnung von 20 bis 24 Milliarden DM zurückführen. Der entscheidende Grund dafür ist die Entwicklung der Zinsausgaben. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes stieg in den Jahren von 1969 bis 1982 von 2,7 auf neun Prozent dramatisch an. Mit verlangsamttem Tempo nimmt die Zinsquote bis 1992 weiter auf rund 12,5 Prozent zu. Jede Milliarde Nettokreditaufnahme belastet den Bundeshaushalt mit Zinszahlungen in einer Größenordnung von etwa 60 bis 70 Millionen DM jährlich.

Die Entscheidungen der Bundesregierung zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1989 gewinnen dadurch an Gewicht, daß in sich schlüssige Alternativen in der öffentlichen Diskussion bisher nicht vorgelegt werden konnten. Vor allem die Opposition ist in den Fragen der Gestaltung der öffentlichen Etats in ihren Forderungen und ihrer Kritik in tiefe Widersprüche verstrickt.

Bis ins Frühjahr hinein überboten sich Vertreter der SPD mit angeblich realistischen Vorausschätzungen der drohenden Deckungslücke im Bundeshaushalt. Ich zitiere Herrn Dr. Vogel, aus einem Beitrag in der Esslinger Zeitung vom 7. April 1988: „In Wahrheit wird die Neuverschuldung (für 1988) jedoch auf mindestens 45 Milliarden DM steigen ... Im Jahr 1990 wird selbst bei kräftig erhöhten Verbrauchsteuern das Defizit im Bundeshaushalt bei mindestens 50 Milliarden DM liegen.“ Am 24. Juni 1988 steigerte Dr. Vogel seine Prognose zur Finanzierungslücke des Bundes in der Debatte über die Regierungserklärung sogar noch

auf 170 Milliarden DM für die Jahre 1989 bis 1991.

Gleichzeitig werden ständig Forderungen nach Mehrausgaben und Sonderprogrammen erhoben, die jeden Rahmen vertretbarer Finanzpolitik sprengen. Allein die im Zeitraum der Haushaltsberatungen für 1988 von der SPD gestellten Forderungen hätten in diesem Jahr zu Mehrbelastungen von rund 10 Milliarden DM geführt.

Die wirklichen Grundprobleme der Finanzsituation des Bundes stellen sich in einer ganz anderen Weise. Von der Mitte der 50er Jahre bis Anfang der 70er Jahre betrug der Anteil des Bundes am Gesamtsteueraufkommen mehr als 50 Prozent. 1982 waren es noch 48,4 Prozent. In diesem Jahr wird der Anteil des Zentralstaats bis auf 45,2 Prozent absinken. Im Vergleich zu 1982 sind das rund 15 Milliarden DM, die uns jetzt auf der Einnahmeseite fehlen. Wäre der Anteil des Bundes an den Steuereinnahmen auf dem Stand von 1982 geblieben, würden wir also 1988 nicht von knapp 40, sondern von weniger als 25 Milliarden DM Nettokreditaufnahme sprechen. Im nächsten Jahr wären es nicht etwa 30, sondern 15 Milliarden DM Neuverschuldung.

Diese strukturelle Schwächung der Einnahmeseite des Bundes auch im Verhältnis zu den Steueranteilen von Ländern und Gemeinden kann nicht weitergehen, wenn der Zentralstaat seine wachsenden internationalen Aufgaben und seine Verpflichtungen in der Innenpolitik langfristig wirksam wahrnehmen soll. Das ist ein besonders wichtiger Grund für die vorgesehene maßvolle Anhebung der indirekten Steuern.

Im Vergleich zur Lage des Bundes ist die finanzielle Situation der Gemeinden — entgegen vielfachen Klagen — im Durchschnitt wesentlich günstiger. Unbestritten sind ernste Haushaltsprobleme und Belastungen mancher Städte in struktur-

schwachen Regionen. Insgesamt gilt jedoch: Der Anteil der kreditfinanzierten Ausgaben der Gemeinden an den Gesamtausgaben lag 1987 mit 1,9 Prozent erheblich unter dem entsprechenden Wert des Bundes, der sich auf 10,2 Prozent belief. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben der Gemeinden 1987 um 3,8 Prozent, während es beim Bund nur 2,9 Prozent waren.

## Steuerpolitik muß internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern

**Im Mittelpunkt finanzpolitischer Entscheidungen wird auch weiterhin die Förderung international konkurrenzfähigerer Bedingungen für private Investitionen, mehr Beschäftigung und wirtschaftliche Expansion stehen.**

**Für die nächste Legislaturperiode haben wir uns eine weiterreichende Reform der Unternehmensteuern vorgenommen. Mit den Vorarbeiten hierfür werden wir noch in diesem Jahr beginnen.**

Die Privatisierung industrieller Bundesbeteiligungen konnte in diesem Jahr mit der Veräußerung der verbliebenen VW-Anteile des Bundes und der Vollprivatisierung der VIAG AG vorangebracht werden. Weitere Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Banken, Deutsche Pfandbriefanstalt und Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, werden zur Zeit vorbereitet. Mehr Wettbewerb werden wir auch durch die Stärkung unternehmerischer Strukturen im Bereich der Deutschen Bundespost und durch die angestrebte Verbesserung im Bereich der Ladenschlußzeiten erreichen.

## Subventionsabbau: Bis 1992 Verminderung um rund 20 Prozent

Die Problematik des Subventionsabbaus ist oft diskutiert worden. Forderungen

nach drastischen Einschränkungen sind rasch gestellt, aber Einschnitte im System der zum Teil sozialpolitisch begründeten, zum Teil durch Verträge und Vereinbarungen langfristig festgelegten Zahlungen immer wieder mühsam.

Das Volumen der Finanzhilfen des Bundes wird durch Sonderentwicklungen von 15 Milliarden DM im Jahre 1988 auf 16,7 Milliarden DM 1989 ansteigen. Allein 1,2 Milliarden DM hiervon sind auf die erhöhte Kokskohlenbeihilfe und den als Folge der EG-Beschlüsse neuen soziostrukturellen Einkommensausgleich an die Landwirtschaft zurückzuführen. Dafür gehen die Steuersubventionen, wie bereits erwähnt, durch die Steuerreform ab 1990 erheblich und zusätzlich durch die Verringerung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft ab 1989 um 1,1 Milliarden DM zurück. **Im Finanzplan werden die Finanzhilfen wieder zurückgeführt. Bis 1992 sollen sie gegenüber 1989 um rund ein Fünftel — auf 13½ Milliarden DM — vermindert werden.**

Allein die Unterstützung des deutschen Kohlenbergbaus erfordert 1989 Bundesmittel in Höhe von 3,7 Milliarden DM. Die — inzwischen allerdings wieder etwas günstigere — Entwicklung beim Dollarkurs und bei dem vom Dollarkurs abhängigen Weltmarktpreis für Kohle läßt angesichts der vertraglichen Verpflichtungen und der im letzten Jahr getroffenen Entscheidungen zur sozialen Flankierung der Kapazitätsanpassung zur Zeit kaum Spielraum für Subventionsabbau in diesem Bereich.

Der starke Anstieg bei den Agrarausgaben — um 11,6 Prozent auf 9,5 Milliarden DM 1989 — ist im wesentlichen das Ergebnis der genannten Umschichtung von steuerlichen Hilfen auf Haushaltsmittel und anderer während der deutschen Präsidentschaft vereinbarten Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft

zur Begrenzung der Überschußproduktion. Dazu gehören der Einkommensausgleich an bäuerliche Betriebe bei Flächenstilllegung und Extensivierung sowie die Produktionsaufgabenrente.

## **Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung tragen auch die Tarifpartner**

Die Verantwortung für künftiges Wachstum und mehr Beschäftigung liegt nicht allein im Bereich staatlicher Tätigkeit und verbesserter Rahmenbedingungen.

**Vor allem müssen auch die Tarifpartner ihrer großen Verantwortung für das verstärkte Angebot an bezahlbarer Arbeit stärker Rechnung tragen. Die vielfach beklagten, sicherlich überhöhten Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland beruhen zu mehr als der Hälfte auf tarifvertraglichen Vereinbarungen. Vor allem die Tarifpartner haben es in der Hand, durch sachgerechte und differenzierte Lohnabschlüsse zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beizutragen.**

Zwischen 1970 und 1982 sind die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt um 5,7 Prozent gestiegen. Gleichzeitig gingen fast 600.000 Arbeitsplätze verloren. Demgegenüber hat der wesentlich verhaltenere Anstieg der Lohnstückkosten — plus 1,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 1983 bis 1987 — maßgeblich dazu beigetragen, daß in den letzten fünf Jahren die Zahl der Arbeitsplätze um mehr als 800.000 zunahm.

Vor allem in einer stärkeren Differenzierung der Tarifabschlüsse nach Branchen und Regionen liegt der Schlüssel zur mittelfristigen Bewältigung der nach wie vor ernsthaften Probleme am Arbeitsmarkt.

Es ist nicht vertretbar, daß gerade in einigen hochsubventionierten Branchen mit die höchsten Lohnkosten anfallen.

Die jetzt von der SPD übernommene Forderung von Vertretern der IG Metall

nach schrittweiser Einführung der 30-Stunden-Woche würde im Ergebnis erhebliche Verluste an Wettbewerbsfähigkeit, an privater Einkommensentwicklung, an Beiträgen für die sozialen Sicherungssysteme und die Gefährdung zahlreicher Betriebe wie Arbeitsplätze mit sich bringen. Wir haben schon heute im internationalen Vergleich der großen Industrienationen nicht nur sehr hohe Arbeitskosten, sondern auch die kürzeste Arbeitszeit. Während bei uns im Jahresdurchschnitt lediglich 1.582 Stunden gearbeitet wird, sind es in den Vereinigten Staaten 1.848 Stunden und in Japan sogar 2.166 Stunden.

## **Mehr Flexibilität ist notwendig**

Wir alle wollen die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes. Fast alle in diesem Hohen Haus bejahen ein offenes Weltwirtschaftssystem. Dann kann man aber in den Arbeitszeitregelungen und bei den Kosten nicht weiter so tun, als ob wir noch in autarken, abgeschlossenen Nationalstaaten und Nationalwirtschaften schalten und walten würden.

**Wir lösen unsere Probleme nicht dadurch, daß wir ständig weniger arbeiten. Wir brauchen mehr Flexibilität auch in der Nutzung teurer Maschinen. Wir brauchen mehr Mobilität auch auf dem Arbeitsmarkt, wo selbst in Gebieten hoher Arbeitslosigkeit immer kritischer über den Mangel an Fachkräften diskutiert wird.**

Ein Arbeitsplatz kostet heute im Durchschnitt rund 180.000 DM. Die Frage lautet, wie lange wir es uns noch leisten können, dieses Kapital immer längere Zeit ungenutzt zu lassen. Wir haben die Möglichkeit, mehr zu produzieren und bessere ökonomische wie soziale Dienstleistungen anzubieten. Zusätzliches Einkommen bedeutet zusätzliche Nachfrage und Zuwachs an Arbeitsplätzen. Wir dürfen uns deshalb nicht mit defensiven Strategie-

gien, mit der Verteilung des Mangels zufriedengeben.

## **Im Mittelpunkt unserer Politik: Rentenreform, Steuerreform, Gesundheitsreform**

Es bedarf der wirksameren Nutzung der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen, Kapital, Wissen, Ausbildung und Leistungsbereitschaft, wenn wir die großen Zukunftsaufgaben bewältigen wollen. Im Mittelpunkt steht dabei die weitreichende Veränderung in der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland mit schwerwiegenden Auswirkungen, auch für die künftige Finanzierung unserer Alterssicherungssysteme. Nur in einer dynamischen Volkswirtschaft können die sozialen Anpassungsprozesse für die Arbeitnehmer wie für die Rentner in einer humanen Weise gemeistert werden.

**Steuerreform, Neuordnung unserer Alterssicherungssysteme und Reform des Gesundheitswesens stehen in einem inneren Zusammenhang.** Sie geben Antworten auf die tiefgreifenden Veränderungen in der Altersschichtung unseres Volkes, auf neue ökonomische und soziale Bedingungen.

**Die Begrenzung der Abgabenbelastung für die arbeitenden Menschen und die Betriebe — Lohn- und Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge — ist die wichtigste Voraussetzung für ein größeres Wachstum auf der Grundlage hoher betrieblicher Investitionen.**

Die Lohnnebenkosten belaufen sich heute auf rund 80 Prozent des direkten Arbeitsentgelts. Was mit der Steuerreform den arbeitenden Menschen zurückgegeben wird, darf ihnen nicht durch immer höhere Pflichtbeiträge wieder weggenommen werden. Das verstärkte Abwandern von Produktion und Arbeitsplätzen in den Bereich der Schwarzarbeit

oder in Länder mit wesentlich günstigeren Kostenbedingungen können wir nur abwenden, wenn der Abstand zwischen Brutto- und Nettoeinkommen wieder geringer wird.

## **Sozialhaushalt wiederum größter Einzelhaushalt**

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich des Sozialhaushalts ist neben der Rentenversicherung die Finanzierung des in den letzten Jahren erheblich verbesserten Familienlastenausgleichs. Allein für die Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung wird der Bund im Jahr 1989 rund drei Milliarden DM als Ausgleich an die Rentenversicherungsträger zahlen. Bis 1992 wird dieser Betrag auf über fünf Milliarden DM ansteigen. Weitere Maßnahmen sind das Erziehungsgeld für alle Mütter oder Väter — 1989 allein 3,6 Milliarden DM — und der Kindergeldzuschlag für Familien mit geringem Einkommen. Die Steuerreform 1990 bringt eine weitere Erhöhung der Kinderfreibeträge.

**Der Sozialhaushalt bleibt mit jetzt 66,9 Milliarden DM auch 1989 der größte Einzelplan.** Ihm folgt der Verteidigungsetat mit eingeplanten 53,3 Mrd. DM. Auch unter den Vorzeichen verbesserter Ost/West-Beziehungen soll die Bundeswehr ihren hohen Einsatzstand behalten, um ihre Verpflichtungen im Bündnis für Frieden und Freiheit erfüllen zu können. Der Ausbau des weit überlegenen Militärpotentials der Sowjetunion geht bis jetzt weiter. Wir treten für gleichgewichtige Abrüstung im konventionellen Bereich ein. Wenn sie erreicht ist, wird man über grundlegende Veränderungen der Planungen für unsere Streitkräfte im einzelnen entscheiden.

Jetzt plant die Bundeswehr wegen der abnehmenden Zahl wehrpflichtiger junger Männer für die neunziger Jahre eine



höhere Zahl von Berufs- und Zeitsoldaten. Rund 60 Prozent des Zuwachses im Verteidigungshaushalt sind für zusätzliche Personalausgaben vorgesehen. Ein beachtlicher Teil davon dient dazu, den Arbeitsplatz „Bundeswehr“ attraktiver zu machen.

Gleichzeitig nehmen die verteidigungsinvestiven Ausgaben zu, wobei der Ansatz für militärische Beschaffungen von mehr als 11 Mrd. DM beibehalten wird.

## Umweltschutz hat Priorität

**Im Bereich des Umweltschutzes setzen wir konsequent auf die Verwirklichung des Verursacherprinzips.** Die Kosten der vorsorgenden Vermeidung und der Beseitigung von Umweltschäden sind grundsätzlich von den dafür Verantwortlichen zu tragen. Zur Durchsetzung dieses Prinzips brauchen wir weiterreichende rechtliche Regelungen, vor allem strengere verbindliche Standards in der Europäischen Gemeinschaft, für die wir uns einsetzen.

Der Etat des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit soll 1989 um 8,3 Prozent steigen. Bei den neuen Finanzhilfen des Bundes an die strukturschwachen Länder erwarten wir, daß der Umweltschutz eine hohe Priorität erhält. Dies gilt in der Verantwortung der Küstenländer und ihrer Kommunen vor allem auch für Investitionen zum Schutz der Nord- und Ostsee. Zur besseren Koordination und Überwachung im Bereich der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes hat die Bundesregierung beschlossen, ein Bundesamt für Strahlenschutz einzurichten.

## IWF-Tagung in Berlin: Solidarität mit der Dritten Welt

In drei Wochen werden die zuständigen Minister und die Zentralbankpräsidenten aus 151 Mitgliedsländern des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank

und darüber hinaus viele Gäste und Beobachter zur jährlichen Jahresversammlung dieser Organisation nach Berlin kommen. Damit werden die internationalen finanziellen Beziehungen, die Schuldenkrise und die wirksame Hilfe für weniger entwickelte Länder stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken.

Die Mitgliederzahl von Währungsfonds und Weltbank hat ständig zugenommen. In den letzten Jahren sind elf weitere Staaten diesen Organisationen beigetreten, darunter Simbabwe und Mosambik sowie Polen und Ungarn, ausnahmslos vergleichsweise arme Entwicklungsländer oder kommunistische Staatshandelsländer. Ich hebe dies hervor, weil es die Weltfremdheit und Verbohrtheit der sogenannten „alternativen“ Kampagne gegen diese Institutionen mit den bekannten antikapitalistischen Schlagworten eines verstaubten Marxismus zeigt.

**Insbesondere die Situation der hoch verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer erfordert weiterhin volles Engagement und engste Zusammenarbeit. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank nehmen bei ihrer Gestaltung eine hervorragende Rolle ein. Durch erhebliche Mittelbereitstellung, durch Hilfen bei der Strukturanpassung und Projektfinanzierung und durch fachkundige wirtschaftspolitische Beratung tragen sie maßgeblich dazu bei, die grundlegenden wirtschaftlichen Probleme dieser Länder zu analysieren und Wege aus einer überhöhten Verschuldung für ökonomischen und sozialen Fortschritt zu suchen.** Mit der Hilfe dieser beiden Organisationen haben inzwischen zahlreiche Länder weitreichende Strukturreformen eingeleitet und vielfach Fortschritte bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten erzielt.

Seit einiger Zeit müssen sich Internationaler Währungsfonds und Weltbank mit

dem Vorwurf auseinandersetzen, sie würden die Situation der Menschen in den von ihnen unterstützten Ländern eher noch verschlechtern. Ein Teil der Kritik richtet sich gegen die im Zusammenhang mit der Kreditgewährung vereinbarten strukturellen Anpassungsprogramme. Dabei wird übersehen, daß die Verbesserung der Kreditfähigkeit der betroffenen Länder durch mehr Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten, durch Bekämpfung der Inflation und den Abbau wettbewerbshemmender Strukturen Voraussetzungen für mehr Wachstum und die Verringerung von Not und Armut sind. Neue Mittel müssen vor allem in erhöhte volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit umgesetzt werden. Anderenfalls wäre die Bereitstellung zusätzlicher Beträge sinnlos. Die Armut in der Dritten Welt würde nur noch vergrößert.

Die Kreditmöglichkeiten von Währungsfonds und Weltbank werden auch weiterhin ausgeweitet. So ist noch in diesem Jahr das Kapital der Weltbank um rund 75 Milliarden US-Dollar erhöht worden. Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind für 1989 die erforderlichen Ermächtigungen vorgesehen, damit die Bundesrepublik ihren Anteil an den Einzahlungen von 184 Millionen DM leisten kann. Darüber hinaus sehen wir im Etat des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit einen weiteren Anstieg unserer Beiträge für die regionalen Entwicklungsbanken um 45 Millionen DM auf 915 Millionen DM vor.

Hervorzuheben ist, daß Währungsfonds und Weltbank ihre Kreditvolumina und -bedingungen für die ärmsten Länder erheblich verbessert haben. So kann das neue strukturelle Anpassungsprogramm des Währungsfonds ihnen sehr langfristige und nahezu zinslose Darlehen gewähren.

In Berlin wird darüber beraten werden, in

welchem Umfang auch die Eigenmittel des Fonds aufgestockt werden sollen. Die Bundesregierung wird sich für eine beträchtliche Anhebung dieser Mittel einsetzen.

Über den Bürgerschaftshaushalt trägt die Bundesregierung dazu bei, daß in den Umschuldungsverhandlungen mit den öffentlichen Kreditgebern im Pariser Club angemessene Lösungen in den Fällen gefunden werden können, in denen hoch verschuldete Länder ihren Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Im Haushaltsentwurf 1989 sind für Zahlungen aus Gewährleistungen insgesamt 2,8 Milliarden DM eingeplant. Bei einem Bürgerschaftsvolumen des Bundes von über 200 Milliarden DM ist in diesem Bereich weiterhin mit erheblichen Risiken zu rechnen. Aufgrund des Ergebnisses von Umschuldungsverhandlungen der letzten Wochen müssen wir dem Bundestag vorschlagen, den Ansatz für 1989 aufzustocken.

### **Bundesregierung erläßt den ärmsten Ländern die Schulden**

Die ärmsten Entwicklungsländer, vor allem in Afrika südlich der Sahara, sind demgegenüber für lange Zeit überwiegend auf öffentliche Hilfen angewiesen. Nicht nur bei der Bereitstellung von Mitteln für internationale Organisationen hat sich die Bundesregierung besonders engagiert. Sie hat einer größeren Zahl der ärmsten Länder die Schulden aus Entwicklungshilfeleistungen völlig erlassen. Diese Länder erhalten solche Leistungen nur noch als Schenkungen. Wir haben erst kürzlich den Kreis der so geförderten Länder noch erweitert. Darüber hinaus ist ein Schuldenerlaß für sechs weitere Länder Afrikas unter der Voraussetzung vorgesehen, daß diese Länder Anpassungs- und Reformprogramme in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank durchführen. Unser

Schuldenerlaß wird dadurch um 3,3 Milliarden DM auf jetzt insgesamt 7½ Milliarden DM ausgeweitet.

Wir wollen weiterhin die internationale Zusammenarbeit aktiv mitgestalten. Die großen Herausforderungen und Risiken für die Weltwirtschaft sind die erheblichen Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen der Industrienationen und das übergroße Gefälle zwischen ihrem Wohlstand und der Not der meisten Entwicklungsländer. Beides erfordert Verantwortungsbewußtsein, Kompetenz und Kooperation über die Grenzen der Staaten und Kontinente hinweg.

## Wir arbeiten für eine gute Zukunft

Der Ausbau und die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft, unsere Verpflichtung für die Bundeswehr in der Allianz für Frieden und Freiheit, weltweite Mitverantwortung in der engeren Zusammenarbeit der Industrieländer und vor allem auch für die bedrängten Völker der dritten und vierten Welt — dies alles spiegelt sich im Entwurf unseres Bundeshaushalts 1989 ebenso wider wie die weitgespannten innenpolitischen Aufgaben des Bundes.

Die Erfahrungen seit 1982 zeigen: Eine niedrigere Steuerquote, eine Erweiterung der Gestaltungsräume für die schöpferischen Kräfte mündiger Bürger und damit eine Konzentration des Staates auf seine eigentlichen Aufgaben führen nicht zur Absage an die soziale Verantwortung unseres Gemeinwesens. Sie schaffen vielmehr erst bessere Voraussetzungen für mehr Dynamik und Innovation, für Erneuerungsfähigkeit und die Meisterung der Zukunftsaufgaben. Deshalb müssen wir auch weiterhin vielen überzogenen Forderungen von Interessengruppen an den Bundeshaushalt widerstehen.

Nur so gewährleisten wir stabile Grund-

lagen, um kurzfristig neue Aufgaben — wie jetzt die tatkräftige Hilfe für die ansteigende Zahl deutscher Aussiedler — meistern zu können. Auch hier vertrauen wir neben der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel durch Bund, Länder und Gemeinden auf die Bereitschaft der Bürger, in unserer ganz überwiegend vom Wohlstand geprägten Gesellschaft, jenen solidarisch zu helfen, die unverschuldet die verhängnisvollen Folgen der nationalsozialistischen Ära viel härter und länger erleiden mußten als wir.

Nach dem Rückschlag und den Sorgen des vergangenen Winters sind auch in der Finanzpolitik positivere Daten und Perspektiven erkennbar. Aber es gibt keinen Anlaß, nach dem überzogenen Pessimismus der jüngsten Vergangenheit jetzt in einen blauäugigen Optimismus, in Verteilungsmentalität oder Sorglosigkeit zu verfallen. **Wir brauchen unverändert Ausgabendisziplin und Vorrang für die weitere Verringerung der Nettokreditaufnahme, nicht nur um die Zinsquote in unseren Haushalten endlich zu stabilisieren, sondern auch um das Vertrauen in stabile Preise und unsere harte Währung zu festigen.** Das ist für die soziale und wirtschaftliche Zukunft viel wichtiger als diese oder jene Einzelmaßnahme.

Große und schwierige Aufgaben liegen weiterhin vor uns, von der Neubestimmung der Finanzbeziehungen des Bundes zur Rentenversicherung bis zur Förderung der Strukturanpassungen.

Dennoch: **Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Vorhersagen der falschen Propheten über Rezession und explodierende Neuverschuldung widerlegt wurden.** Der gute Verlauf des Jahres 1988 stärkt unsere Zuversicht, den heute eingebrachten Etat 1989 verantwortungsbewußt zu gestalten und die Herausforderungen meistern zu können.

Heiner Geißler:

## Bundесvorstand beschließt Reformfahrplan

**Das Präsidium und der Bundesvorstand der CDU haben sich in dieser Woche mit der politischen Lage befaßt und eine Reihe von wichtigen Beschlüssen getroffen. Der Bundesvorstand hat einen Reformfahrplan beschlossen, der es ermöglicht, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands in den wichtigen politischen Fragen, die es in den kommenden Monaten zu entscheiden gilt, von vornherein in den Entscheidungsprozeß mit einbezogen wird.**

Am Montag, dem 12. September, wird der Bundesausschuß der Partei sich mit dem Teil des Leitantrages zum christlichen Menschenbild befassen, der aus Zeitgründen auf dem Wiesbadener Bundesparteitag nicht mehr behandelt werden konnte. 14 Tage später, am 26. September 1988, findet eine weitere Bundesausschußsitzung in Bonn statt, auf der das Konzept für die Rentenstrukturreform beraten wird und entsprechende Empfehlungen für die Koalitionsentscheidung gegeben werden sollen. Zur Vorbereitung dieser Sitzung findet am Freitag, dem 23. September 1988, eine weitere Sitzung des Bundesvorstandes statt. Im Dezember tritt der Bundesausschuß in Berlin zusammen; dort stehen außen- und deutschlandpolitische Fragen auf der Tagesordnung. Anfang des nächsten Jahres werden zwei weitere Bundesausschußsitzungen stattfinden, bei denen es zum einen um die Organisationsreform der Partei und zum anderen um die vom Bundesparteitag dem Bundesausschuß übertragenen Themen gehen wird, näm-

lich Umweltpolitik und Ausländerpolitik. Dieser dicht gefüllte Terminplan stellt sicher, daß das Parteipräsidium, der Bundесvorstand und der Bundesausschuß von Anfang an in den Entscheidungsprozeß über die großen anstehenden Reformvorhaben einbezogen werden. Dies entspricht auch dem, was die Christlich Demokratische Union, was die Mitglieder und was der Bundesparteitag vor der Sommerpause verlangt haben.

Der Bundesvorstand war sich darüber im klaren, daß vier wichtige Monate vor uns liegen, in denen die Fragen der **Gesundheitsreform** und der **Rentenstrukturreform** entschieden werden müssen. Hinzu kommt, daß im nächsten Jahr insgesamt fünf Kommunalwahlen stattfinden: in NRW, in Hessen, in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Baden-Württemberg; dazu eine Landtagswahl in Berlin und dann noch die Europawahl. 1990 folgt dann das „Superwahljahr“ mit insgesamt acht Wahlen: der Bundestagswahl, mehreren Landtags- und Kommunalwahlen.

### CDU – die Partei der Reformen

Wir beginnen diese Reformarbeit in einer Situation, die für die Christlich Demokratische Union nicht ganz einfach ist, aber wir sind der Auffassung, daß es gelingen wird, die Perspektiven für die Zukunft unseres Landes deutlich zu machen, wenn einige Voraussetzungen erfüllt werden, über die wir in der Bundesvorstandssitzung auch gesprochen haben, erklärte Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Ich will das an einem Beispiel erläutern:

Wir haben eine positive wirtschaftliche Entwicklung, wir werden in diesem Jahr — entgegen allen pessimistischen Prognosen — eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um drei Prozent erreichen; wir haben stabile Preise, hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, langen Urlaub — kurz gesagt: Wohlstand für die breite Masse der Bevölkerung. Wir müssen dafür sorgen, daß diese positive Entwicklung, die durch die richtigen Entscheidungen der CDU-geführten Bundesregierung, vor allem in der Finanz- und in der Haushaltspolitik, zustande gekommen ist, nun auch der Regierung und der Union zugeordnet wird. Hier gibt es zweifelsfrei noch ein Defizit.

Es sind daraus auf jeden Fall zwei Konsequenzen zu ziehen. Die Menschen leben im Wohlstand, sie können sich fast alles kaufen, aber sie können sich bestimmte Dinge heute nicht mehr kaufen, die früher selbstverständlich waren, z. B. sauberes Wasser oder saubere Luft. Die Menschen verlangen deshalb eine politische Konzeption, in der die wirtschaftlichen Interessen gewährleistet sind, in deren Rahmen aber auch Fragen nach der Qualität des Lebens beantwortet und entsprechende Anforderungen erfüllt werden können.

Eine zweite Konsequenz ist aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Monate zu ziehen: Die Bundesregierung hat in vielen Punkten eine positive Bilanz vorzuweisen. Es kommt aber nicht nur darauf an, Einzelergebnisse positiv darzubieten, sondern wir müssen den Menschen den Sinn und den inneren Zusammenhang unserer Politik erkennbar machen. Die Parteiausschußsitzungen und die anstehenden Strukturreformen bieten eine Chance, neues Vertrauen zu gewinnen. Dies ist vor allem deswegen notwendig, weil diese Strukturreformen den Menschen nicht nur Vorteile bringen, sondern

ihnen auch Opfer und Einschränkungen abverlangen; das ist bei der Gesundheitsstrukturreform und natürlich auch bei der Rentenreform unvermeidlich, wenn auf die Dauer ein freiheitliches Gesundheitssystem und sichere Renten gewährleistet werden sollen.

## Der Umbau des Sozialstaates

Es muß also klargemacht werden, daß es sich bei der Gesundheitsreform und der Rentenstrukturreform nicht um einen weiteren Ausbau unseres sozialen Systems handelt — unser Sozialsystem ist im Vergleich zu anderen Industrieländern am weitesten ausgebaut —, sondern um einen **Umbau des Sozialstaates**, der selbstverständlich die Elemente der bisherigen Sozialpolitik bewahrt, aber neue Elemente einbezieht, also zum Beispiel das ehrenamtliche Engagement bis hin zur Nachbarschaftshilfe und der Familienhilfe. Anders kann zum Beispiel die große Frage der Pflegebedürftigkeit für Millionen von älteren Menschen nicht gelöst werden. Wer glaubt, dies könne mit den herkömmlichen Methoden und Instrumenten gelöst werden, der täuscht sich.

Was wir vorhaben, ist nichts anderes als die Anerkennung einer neuen Arbeit, das heißt, die Christlich Demokratische Union erkennt nicht nur die klassische Erwerbstätigkeit als Arbeit an, sondern eben auch die Arbeit in der Familie oder die Pflege von hilfebedürftigen Menschen. Neue Arbeit: Dies ist ein Begriff der Christlich Demokratischen Union, den die Sozialdemokraten, vor allem Lafontaine, von uns übernommen haben. Das „Neue“ an Lafontaines Vorschlägen ist eigentlich nichts anderes, als das was in unseren Stuttgarter Leitsätzen steht. Deswegen muß man sich eigentlich wundern, welche Resonanz in der deutschen Publizistik diese Vorschläge bekommen haben,

nur weil sie von einem Sozialdemokraten gekommen sind. Manchmal ist es tatsächlich so — und das bewahrheitet sich bei Lafontaine — daß die Berühmtheit unmittelbar mit der Unkenntnis der Bewunderer zusammenhängt.

Dieser Umbau, von dem ich rede, wird Mut erfordern, weil Prioritäten gesetzt und überholte Besitzstände in Frage gestellt werden müssen. Der Bundesvorstand unterstützt ausdrücklich den Bundesarbeitsminister in seinem Bemühen, in der **Gesundheitsreform** die Krankenversicherung so auszugestalten, daß die Ausgaben der Solidargemeinschaft auf das Notwendige konzentriert werden, weil wir verhindern müssen, daß das gesamte Gesundheitssystem eines Tages finanziell zusammenbricht. Wir sind auch der Auffassung, daß jeder Verband und jede Organisation sich selbst gegenüber begründen müssen, ob alle sozialen Ziele, die früher einmal richtig gewesen sind, auch heute noch richtig sind.

## Neue Soziale Fragen

Es muß klar sein, daß bei der Realisierung dieser Reformen der alte Grundsatz der Christlich Demokratischen Union gewahrt wird, daß die Soziale Marktwirtschaft von dem engen Zusammenhang von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ausgeht und daß vor allem Lösungen angestrebt werden müssen, die in sich nicht widersprüchlich sind. Ich will ein Beispiel nennen: Wenn der Grund für die **Rentenstrukturreform** darin zu sehen ist, daß wir ein Generationenproblem haben, dann darf diese Reform, wenn sie auf Dauer angelegt sein und von den Betroffenen akzeptiert werden soll, keine frauen- und familienfeindlichen Elemente enthalten.

Es ist im Bundesvorstand auch klar gewesen, daß die **Gesundheitsstrukturreform** unabdingbar zwei Elemente hat, einmal

die Einsparungen in der Größenordnung von sieben Milliarden Mark, die zur Beitragsstabilisierung, möglicherweise sogar zur Beitragssenkung führen müssen, und zur anderen Hälfte Einsparungen in der Größenordnung von sieben Milliarden Mark für einen ersten Schritt zur Lösung der wichtigen neuen sozialen Frage, nämlich des Problems der Pflegebedürftigkeit; denn heute sind drei Millionen Menschen pflegebedürftig, davon 600.000 bis 700.000 schwerstpflegebedürftig. Die Christlich Demokratische Union hat als erste Partei für dieses neue soziale Problem eine umfassende Lösung vorgeschlagen.

Was wir in den nächsten vier Monaten verabschieden wollen, ist für uns gleichzeitig auch ein Fitneß-Programm für den kommenden europäischen Binnenmarkt. Wir wollen durch diese Reformen sicherstellen, daß das deutsche Modell einer funktionierenden sozialen und ökologischen Marktwirtschaft als Investition für die Zukunft auch ein Modell für ganz Europa sein kann. Wir müssen gerüstet mit einer bewährten Reformkonzeption in diese neue Ära des europäischen Binnenmarktes hineingehen, die im wesentlichen durch die Präsidentschaft des deutschen Bundeskanzlers begründet wurde.

## SPD ohne Zukunftsperspektiven

Wir haben uns selbstverständlich auch mit dem SPD-Parteitag beschäftigt. Ich glaube, daß die Sozialdemokraten in der Wirtschaftspolitik den Versuch gemacht haben, die Bindungen zu den Gewerkschaften zu lockern. Dieser Versuch scheint nicht gelungen zu sein. In der Wirtschaftspolitik sind die Konturen unklar geblieben; in der Finanzpolitik gab es sowohl inhaltlich wie personell eine absolute Fehlanzeige. Infolgedessen hat Hans Apel heute auch die Konse-

quenzen gezogen und ist von seinen Ämtern zurückgetreten.

Die Sozialdemokraten haben in der Frauenpolitik ein deutliches Zeichen gesetzt, das die Christlich Demokratische Union nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern für sich auch als eine Herausforderung ansieht, das, was wir in Essen und in Mainz für die Gleichstellung der Frau beschlossen haben, ohne statutenmäßige Quotenregelung zu verwirklichen. Wir wollen mit den Sozialdemokraten nicht in der Quotenpolitik konkurrieren, aber wir wollen mit ihnen durchaus in den Sachfragen in einen Wettbewerb eintreten und sie zwingen, in den inhaltlichen Fragen zumindest den Versuch zu unternehmen, Anschluß an unser zukunftsweisendes Konzept zu finden. Dazu gehören beispielsweise die Einführung der Erziehungsjahre, des Erziehungsgeldes, aber auch des Erziehungsurlaubes — also Entscheidungen, die wir bereits getroffen haben — und natürlich auch die tatsächliche Beteiligung der Frauen an politischen Ämtern und Mandaten.

Es ist übrigens interessant, daß die Sozialdemokraten in Münster den Versuch unternommen haben, Anschluß an die Zukunftspolitik der Christlich Demokratischen Union zu gewinnen. Ich habe meine Erfahrungen mit Slogans und mit der Vorbereitung von Parteitag, aber ich hätte mich nicht der intellektuellen Mühe unterzogen, einen Slogan zu erfinden, der im wesentlichen von einem Slogan der anderen Partei abgeleitet ist: „Zukunft kommt von selbst — Fortschritt nur mit uns.“ Das ist eine abgeleitete Version dessen, was die Christlich Demokratische Union ausgedrückt hat mit ihrem Motto „CDU — die Zukunft“. Die Sozialdemokraten haben diese Herausforderung also angenommen, dieser Wettbewerb ist gesund und richtig.

Im Grunde genommen geht es bei diesem

Wettbewerb um die Frage: Wer ist die modernere Partei, wem trauen die Menschen zu, die Bundesrepublik Deutschland und Europa in den neunziger Jahren positiv zu gestalten und auf die neuen Herausforderungen die richtige Antwort zu geben? Die Antwort darauf kann nach unserer Auffassung nicht nur mit der Befriedigung materieller Interessen gegeben werden, obwohl ohne Wohlstand und ohne wirtschaftliches Wachstum andere wichtige Vorhaben auch nicht verwirklicht werden können. Wenn wir neue Wählerschichten erreichen wollen, dann wird dies nur möglich sein, wenn daneben auch andere Fragen — Umwelt, frauenpolitische Fragen, Europa, Kunst und Kultur — ebenfalls positiv beantwortet werden.

Der Bundesvorstand hat noch zwei weitere Entscheidungen getroffen: Er empfiehlt der Bundestagsfraktion, bei der von der Koalition vorgeschlagenen Erhöhung der Verbrauchssteuern zu bleiben, und er unterstützt die Bundesregierung in ihrer Bemühung, die sozialen, vor allem die wohnungspolitischen Probleme der Aussiedler rasch und menschenwürdig zu lösen. ■

## Mehr Plätze im Zivildienst

Wie der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, in Bonn erklärte, wird die Zahl der Zivildienstplätze bis Ende 1989 von derzeit 93.000 auf 100.000 erhöht. Damit wird sichergestellt, daß auch in Zukunft jeder Zivildienstpflichtige ohne längere Wartezeit zum Zivildienst herangezogen werden kann. Schwerpunkt des Einsatzes bleibt der Dienst an alten, kranken und behinderten Menschen, die durch stationäre und ambulante Betreuung versorgt werden. Daneben werden Zivildienstleistende auch im Umweltschutz eingesetzt, etwa zum Schutz des bedrohten Wattenmeeres und bei ökologischen Projekten.

# Verwalten statt gestalten: SPD an eigenen Ansprüchen gescheitert

**Der Bundesparteitag ist, gemessen an den eigenen Ansprüchen der SPD, nämlich eine Fortschrittsmehrheit zum Regieren nach 1990 zu bilden, kläglich gescheitert, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler zum Abschluß des SPD-Parteitages in Münster. Der Parteitag hat gezeigt, daß die SPD für die zentralen Zukunftsfragen der deutschen Politik keine zukunftsweisenden Problemlösungen anzubieten hat. Mit dem Parteitagmotto der SPD formuliert, muß festgestellt werden: Mit der SPD in der Regierungsverantwortung gäbe es keine gute Zukunft, und der Fortschritt ginge an der Bundesrepublik Deutschland vorbei.**

Die SPD bietet inhaltlich und personell keine regierungs- und koalitionsfähige Alternative. Die SPD hat weiterhin ein ungeklärtes Verhältnis zu den Gewerkschaften. Die SPD ist in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zerstritten. Deshalb bietet sie einen wirtschaftspolitischen Versandhauskatalog an, aus dem jedem Bürger klar wird: SPD — das bedeutet Steuererhöhungen und noch mal Steuererhöhungen.

Mit der Wiederwahl von Hans-Jochen Vogel zum Parteivorsitzenden der SPD hat sich der Parteitag darauf geeinigt, weiterhin nach dem Motto „verwalten statt gestalten“ zu verfahren. Vogel hat nicht die Kraft, mutig eine Neuorientierung und programmatische Erneuerung der SPD wirklich durchzusetzen.

Die SPD hat auf ihrem Parteitag gezeigt, daß sie nicht in der Lage ist, sich von den gewerkschaftlichen Fesseln zu befreien und auf Fragen der rasanten Entwicklung der Technik und der Sicherung der inter-

nationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überzeugende Antworten zu geben. Oskar Lafontaine hat den Versuch eines Ausbruchs aus dem politischen Ghetto der Gewerkschaftspositionen unternommen und feststellen müssen, daß die SPD als Ganzes dazu nicht bereit ist. Die Krise der Gewerkschaften ist infolgedessen auch die Krise der SPD.

In der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik hat sich die SPD auf allgemeine Formelkompromisse geeinigt, die den Zustand einer fast vollständigen Orientierungslosigkeit der SPD in Wirtschaftsfragen nur notdürftig verschleiern. Der wirtschaftspolitische Antrag läßt den Leser nicht nur über die Finanzierung der vorgeschlagenen Programme im unklaren. Die SPD glaubt auch, alleine die Verwendung des Wortes Marktwirtschaft sei gleichbedeutend mit einer neuen Politik. Die SPD setzt weiter auf alte Konzepte wie Strohfeuerprogramme. Ihr Glaube an die Möglichkeiten des Staates auf dem Felde des Arbeitsmarktes ist unerschüttert. Sie ignoriert die Verantwortung der Tarifparteien für Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich über den Produktivitätsfortschritt hinaus widersprechen dem kleinen Einmaleins der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, daß nur verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet wurde. Die Beschlüsse der SPD würden die Lohnnebenkosten erhöhen, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen und das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen. Die Beschlüsse sind unsozial gegenüber den

*(Fortsetzung auf der nächsten Seite)*



Der beste Wert seit 1979:

## 3,9 Prozent Wirtschaftswachstum

**Dieser kräftige Anstieg des Bruttosozialproduktes im ersten Halbjahr 1988 bestätigt die richtige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Die Daten belegen, daß der Aufschwung auf breitem Fundament steht. Die wichtigsten Impulse für das Wirtschaftswachstum gehen weiterhin von der Binnennachfrage aus.**

Die nachhaltige Steigerung bei den Investitionen und beim privaten Verbrauch widerlegt all jene Kritiker, die der konsequenten Steuersenkungspolitik der Bundesregierung keine spürbaren Auswirkungen zubilligen wollten. Um rund 14 Milliarden DM werden die Steuerzahler allein in diesem Jahr entlastet; dieser positive Schub schlägt sich in einem verbesserten Konsumklima, steigenden Umsätzen und günstigen Geschäftserwartungen nieder. Dies kam eindeutig auch dem Arbeitsmarkt zugute, denn im 2. Vierteljahr 1988 lag die Zahl der Erwerbstätigen um rund 130.000 über dem Vorjahresniveau.

3,9 Prozent Wirtschaftswachstum — das ist der beste Wert zur Jahres-Halbzeit seit 1979. Das doppelt Erfreuliche für den Bürger ist, daß der anhaltende Aufschwung von einem hohen Maß an Preisstabilität geprägt ist. Die auf Haushalts-

*(Fortsetzung von der vorigen Seite)*

Arbeitslosen, weil sie wirkliche Solidarität der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitslosen verhindern, die in einer Teilung von Arbeit und Lohn bestehen würde. Im übrigen bleiben die Beschlüsse Makulatur, solange die SPD kein Steuerprogramm vorlegt.

disziplin gerichtete und von verlässlichen Rahmenbedingungen getragene Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zahlt sich für Arbeitnehmer wie Rentner, für Produzenten wie Konsumenten in konkreter Kaufkraftsteigerung aus.

Da nicht nur die Investitionen kräftig zulegten, sondern auch die Auftragseingänge in der Industrie stetig nach oben zeigen und außerdem die Kapazitätsauslastung so hoch ist wie seit eineinhalb Jahrzehnten nicht mehr, spricht alles dafür, daß der Wachstumsmotor auch im zweiten Halbjahr 1988 auf hohen Touren laufen wird. Für das ganze Jahr erscheint damit eine Wachstumsrate von rund drei Prozent als durchaus erreichbar. Dazu trägt auch die dynamische Entwicklung des Welthandels bei. ■

### Bewußtseinswandel nötig

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 2. September 1988 Vertreter der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) zu einem Meinungsaustausch. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches standen die Bedeutung des christlichen Menschenbildes in der Politik und der Schutz des menschlichen Lebens, insbesondere des ungeborenen Lebens. Es bestand Einvernehmen, daß der für einen wirksamen Schutz des ungeborenen Lebens und für eine kinderfreundliche Gesellschaft notwendige Bewußtseinswandel einer verstärkten Überzeugungsarbeit des Staates und der Kirchen bedarf.

Ein weiteres Gesprächsthema war u. a. das soziale Engagement der Freikirchen. Der Bundeskanzler würdigte den vielfältigen Einsatz der Freikirchen im sozialen und karitativen Bereich.

# KPV stellt sich kulturpolitischen Herausforderungen

Das kulturelle Angebot in Städten, Gemeinden und Kreisen ist von entscheidender Bedeutung für die Attraktivität des kommunalen Bereichs. Hier geht es nicht nur um das Angebot an Schulen und Ausbildungsstätten, sondern auch um Initiativen wie zum Beispiel für Musik, Theater, Büchereien, Volkshochschulen und Museen. Die Bedeutung der kulturpolitischen Initiativen in den Kommunen wächst mit zunehmender Freizeit der Bürger und dem größer gewordenen Interesse aus allen Bevölkerungsschichten für das kulturelle Angebot.

Die Kommunalpolitiker der Union stellen sich den neuen Herausforderungen und wollen kulturpolitische Initiativen in wachsendem Maße zu einem Schwerpunkt der Kommunalpolitik machen, stellt Horst Waffenschmidt, MdB Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU/CSU fest.

Dazu soll unter anderem ein großer **kulturpolitischer Kongreß dienen, der am 20./21. Januar 1989 in Frankfurt** stattfinden wird. Diese Veranstaltung mit Vertretern zahlreicher kultureller Bereiche und Politikern aus Bund, Ländern und Kommunen soll den Startschuß geben für weitere kulturpolitische Impulse der Kommunalpolitiker von CDU und CSU vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Erfreuliche Erfolge konnten bereits in etlichen Bereichen erzielt werden, zum Beispiel für den Denkmalschutz und für Jugendmusikschulen. Weitere Impulse für den künstlerischen Bereich und für Museen sollen folgen. Dabei müssen die vielfältigen bewährten Initiativen der

Vereine und privaten Förderer weiter ermutigt werden.

In den vergangenen Jahren ist in allen Teilen der Bevölkerung eine Hinwendung zu den Werten von Kunst und Kultur besonders deutlich sichtbar geworden. Dies läßt sich mit einigen wenigen Zahlen verdeutlichen: Rund 2300 Museen unseres Landes verzeichneten 1987 circa 67 Millionen Besucher. Jeder Einwohner der Bundesrepublik Deutschland hat statistisch gesehen einmal im Jahr und mehr ein Museum besucht.

In die 195 Theater — staatliche, kommunale, (öffentlich geförderte) Privattheater und Festspielbühnen — kommen Jahr für Jahr etwa 23 Millionen Besucher. Etwa 95 Kulturorchester hatten rund 2,5 Millionen Zuhörer, 700 000 Musikschüler besuchen etwa 720 Musikschulen, wobei die Musikschulen und -schüler sich in den letzten 15 Jahren verdoppelt haben.

Sechs Millionen Bürger sind in Chören und Instrumentalgruppen als Laienmusikzweige organisiert. Etwa 2700 öffentliche Bibliotheken verleihen gegenwärtig fast 170 Millionen Bücher.

Die innerstaatliche Kulturförderung dürfte in diesem Jahr bei rund 8,5 Milliarden Mark angelangt sein, von denen 55 Prozent auf die Gemeinden, 40 Prozent auf die Länder und fünf Prozent auf den Bund entfallen.

Die Kommunalpolitiker der Union wollen sich in allen diesen Bereichen von Kunst und Kultur dafür einsetzen, daß eine attraktive und anregende kulturelle Landschaft auch für die Zukunft erhalten bleibt.

Rupert Scholz zum Abzug der Pershing II

# Frieden schaffen mit immer weniger Waffen

**Am 1. September 1988 sind die ersten Pershing-Flugkörper aus Heilbronn/Waldheide abgezogen und zur Vernichtung in die Vereinigten Staaten transportiert worden. Danach beginnt der Abzug der Pershing-Flugkörper aus Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm. Dazu erklärt Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz:**

„Dies ist ein sichtbares Zeichen für die Richtigkeit und den Erfolg der Sicherheitspolitik unseres Landes, die in Gemeinsamkeit mit den westlichen Alliierten durch Festigkeit und Zielstrebigkeit zunächst zum NATO-Doppelbeschluß und in der Folge zum Abschluß des INF-Vertrages als erstem wirklichem Abrüstungsabkommen geführt hat.

Auf der Grundlage glaubwürdiger Abschreckungs- und gesicherter Verteidigungsfähigkeit streben wir — gemeinsam im Bündnis — auch künftig den Ausgleich und die Verständigung mit Ländern Osteuropas an. Im Vordergrund stehen für uns die Bemühungen um ein Abkommen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, das im besonderem Maße uns Deutschen am Herzen liegen muß.

Der Abzug der ersten Pershing II aus der Bundesrepublik Deutschland ist zugleich Anlaß, der amerikanischen Soldaten zu gedenken, die in Erfüllung ihrer Pflicht ihr Leben verloren oder schwer verletzt wurden. Dank gebührt ebenso allen amerikanischen Soldaten, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren Dienst an diesen Waffensystemen geleistet haben und bis zum endgültigen Abzug aller

Pershing II leisten werden. Trotz ihres nicht immer leichten Dienstes und trotz der Erleichterung der Bevölkerung, daß diese Waffensysteme nun nicht mehr gebraucht werden, sollen sie in dem Bewußtsein unser Land verlassen, daß die große Mehrheit unserer Bürger ihren Beitrag zur Erhaltung unserer Freiheit in Frieden dankbar anerkennt.

Nicht zuletzt gilt mein Dank den Bürgern der an die Pershing II und Marschflugkörperstandorte angrenzenden Gemeinden. Manche beobachteten die Stationierung mit Sorge, viele sahen die Notwendigkeit ein und nahmen die damit verbundenen Unannehmlichkeiten in Kauf. Dies war eine Belastung, die sie für die gesamte Bevölkerung unseres Landes getragen haben.

**Heute können sie erkennen, daß diese Belastung nicht umsonst war und daß die Perspektiven für die Erhaltung des Friedens mit weniger Waffen und mehr Sicherheit noch nie so gut waren wie heute.“**

## Zitat

*„Wir sind heute zusammen mit zwei, drei anderen Ländern das Land mit dem höchsten Lebensstandard in der Welt, mit dem höchsten sozialen Standard, mit einem ungekannten Maß an Freiheit. Das können wir alles erhalten, wenn wir nicht im Status quo verharren, sondern indem wir uns auf die Zukunft vorbereiten.“*

**(Helmut Kohl in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 31. 8. 1988)**

# Frauenquote ist undemokratisch

**Ingrid Roitzsch, parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gab der „Kölnischen Rundschau“ ein Interview über die Frauenquote.**

**Frage:** Die SPD hat eine Frauenquote beschlossen. Kann das ein Modell auch für die CDU sein?

**Roitzsch:** Nein, weil ich diese Quote für undemokratisch und für Frauen absolut schädlich halte. Künftig werden dann in der SPD Frauen nicht mehr nach Qualität und Fähigkeiten, sondern nach Geschlecht beurteilt.

**Frage:** Aber es gibt doch auch in der CDU Frauen, die die Quote befürworten, weil sich die Gleichberechtigung in der Praxis nicht durchsetzen läßt. Ist da nicht etwas dran?

**Roitzsch:** Es ist das sympathische an der großen Volkspartei CDU, daß verschiedene Meinungen Platz haben. Ich persönlich als Frau und auch viele Kolleginnen lehnen die Quote ab. Wir haben auf unserem Parteitag in Wiesbaden Grundsätze beschlossen, die ich als Meßlatte ansehe. Es ist sinnvoll, daß das Bewußtsein der Herren in der Partei ein bißchen geschärft wird. Aber ich halte es für unerträglich, daß zum Beispiel ein qualifizierter Mann wegen der Quotenregelung zugunsten einer Frau zurücktreten muß. Im umgekehrten Fall würde ich mich auch als Frau beschweren. Man muß doch damit rechnen, daß es eines Tages eine Männerquote oder eine sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der Männer gibt.

**Frage:** Aber ist dies nicht Theorie, zumal sich Frauen bei gleicher Qualität schon in den Ortsverbänden nicht durchsetzen können?

**Roitzsch:** Das hat sich geändert. Es ist zwar im großen und ganzen noch etwas schwerer für Frauen. Sie müssen qualifi-

zierter sein. Aber die Frauen haben zunehmend gelernt zu kämpfen, zäh zu sein und Durchstehvermögen zu zeigen. Die Zusammensetzung in der politischen Struktur nach Geschlechtern halte ich für anomal.

**Frage:** Im Bundeskabinett gibt es immer die Vorzeigefrau, im Moment sind es zwei ...

**Roitzsch:** ... Einspruch. Wir haben erstmalig zwei Ministerinnen, und wir haben erstmalig unter einer CDU-Regierung ein Frauenministerium. Schließlich gibt es noch drei Staatssekretärinnen und eine Staatsministerin. Diese Bundesregierung hat bisher am Kabinetttisch die meisten Frauen aufzuweisen, und das ohne Quote.

**Frage:** Zwei sind gegenüber einer Ministerin zwar hundert Prozent mehr, aber absolut ist die Zahl doch sehr gering.

**Roitzsch:** Das können gerne mehr werden. Wir haben viele tüchtige Frauen in der Bundesrepublik, die qualifiziert wären, am Kabinetttisch zu sitzen.

**Frage:** Und wann werden wir die erste Kanzlerin oder Bundespräsidentin bekommen?

**Roitzsch:** Im Moment haben wir einen sehr guten Kanzler und einen sehr guten Bundespräsidenten. Aber wenn beide einmal nicht mehr wollen, und es ist eine gute Frau da, dann würde ich das auch als normal ansehen. Auch diese Ämter sollen nicht nach Geschlecht, sondern nach Qualifikation besetzt werden.

## Zitat

„Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Der europäische Binnenmarkt darf nicht zum Vorwand für den Ausstieg aus strengeren Vorschriften zum Wohl der Arbeitnehmer werden.“

(Helmut Kohl auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie in Karlsruhe)

# Georg Gölder neuer Kultursprecher der CDU

Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU hat in seiner Sitzung am vergangenen Wochenende den rheinland-pfälzischen Kultusminister Georg Gölder zum neuen Vorsitzenden gewählt. Gölder ist zugleich Sprecher der der Union angehörenden Kultus- und Wissenschaftsminister. Gölder dankte nach seiner Wahl dem bisherigen Vorsitzenden des Bundesfachausschusses, Peter Bendixen MdL (Kiel), für die in den zurückliegenden sieben Jahren geleistete Arbeit.

Als Schwerpunkte der künftigen Arbeit des Ausschusses nannte Gölder folgende Themen:

- Die Kulturpolitik im engeren Sinne, verstanden als Förderung von Kunst und Kultur, hat in der Politik der CDU einen hohen Stellenwert. Gemäß einem Beschluß des 36. Bundesparteitages vom Juni diesen Jahres wird der Ausschuß Leitlinien zur Kulturpolitik erarbeiten und der Öffentlichkeit vorstellen.
- Der Ausschuß wird sich intensiv mit den Auswirkungen der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes ab 1992 befassen und Vorschläge erarbeiten, in welcher Weise sich die nationale Schul- und Berufsbildungspolitik auf künftige Entwicklungen einstellen kann.
- Im Zusammenhang mit der Entwicklung zukunftsorientierter Grundsätze zur Bildungspolitik wird der Bundesfachausschuß die Arbeit der Enquete-Kommission „Bildung 2000“ des Deutschen Bundestages begleiten und dazu beitragen, daß die Kommissionsarbeit zu soliden Ergebnissen finden kann. Die CDU wird nicht zulassen, daß diese Enquete-Kom-

mission zum Profilierungsinstrument der SPD verkommt.

- Besondere Aufmerksamkeit wird der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der Entwicklung der Studienzeiten an den deutschen Hochschulen widmen. Hier ist nicht zuletzt auch durch fragwürdige Vorgaben bei der Anfertigung von Zulassungs- und Diplomarbeiten sowie durch eine zeitaufwendige Prüfungspraxis — eine Situation entstanden, die sich immer stärker zu Lasten der Studierenden auswirkt. ■

## Mehr Ausbildungsplätze als Bewerber

In den ersten neun Monaten des Berufsberatungsjahres 1987/88 war das Angebot an Ausbildungsplätzen erstmals wieder deutlich höher als die Nachfrage. 523.600 offenen Lehrstellen stehen 485.000 Bewerber gegenüber. Die Angebotsschere hat sich damit zugunsten der Bewerber weiter geöffnet. Der Bewegungsspielraum, der in den vergangenen Jahren aufgrund des Bewerberüberhangs sehr gering war, ist damit erstmals stark erweitert worden.

Auch wenn der Ausbildungsstellenmarkt grundsätzlich eine sehr erfreuliche Tendenz zeigt, ist jedoch die regionale Verteilung der freien Ausbildungsplätze bedenklich. Während die Wirtschaft im Süden händeringend nach Lehrlingen sucht, ist es insbesondere im Westen schwierig, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Eine besonders schlechte Struktur besteht in Nordrhein-Westfalen und Bremen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, **Klaus Daweke**.



Helmut Kohl

**Der Kanzler  
stärkt Frieden  
und Sicherheit**

**Wirtschaft auf vollen Touren**

# Super '88

**CDU  
extra**

**Deutsche  
Mode  
in der  
Welt  
begehrt**

Vorbei sind die Zeiten, da alle Welt in Sachen Mode auf Paris oder Rom starrte. Jetzt blickt die Welt auch zu den deutschen Modeschöpfern und Produktionsfirmen. Beharrlich, mit viel Talent und Geschick – und vor allem mit Qualität – haben sich deutsche Modemacher einen weltweit hervorragenden Ruf erworben. Die steigenden Umsatzzahlen sprechen für sich. So wurden nach Angaben der Damenoberbekleidungsindustrie im Jahre 1987 insgesamt Waren für 3,7 Mrd. DM exportiert.

**Umweltschutz:  
Eine Minute vor 12**



Nur eine gesamturopäische Anstrengung kann uns von der Verschmutzung der Nordsee und der Gefährdung der Alpen befreien. Darauf weist CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in einem Kommentar für diese Ausgabe von CDU extra hin: „In Fragen des Umweltschutzes ist es nicht fünf vor zwölf, sondern eine Minute vor zwölf.“ (Siehe Seite 2 und Seite 7.)

**Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland steht in diesem Jahr vor neuen Rekorden.**

**Drei Prozent Wachstum erwartet.**

**Erste positive Wirkungen der Steuerreform. Bundesbürger sorgen für Umsatzplus im Einzelhandel bei weiter stabilen Preisen**

Damit haben selbst die Fachleute nicht gerechnet: Die Wirtschaft in der Bundesrepublik läuft auf vollen Touren. Vergessen sind die pessimistischen Vorhersagen der SPD vom Jahresanfang. Jetzt lauten die begründeten Prognosen auf eine Steigerung des Wirtschaftswachstums um drei Prozent, und

**Fortsetzung Seite 2**

**Nachrichten**

**Die Verbraucherpreise bleiben weiter stabil**

Auch in der zweiten Hälfte des Jahres können die Verbraucher in der Bundesrepublik mit stabilen Preisen rechnen. Das geht aus der Einkaufspreis-Statistik der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels hervor.

**Bundestkanzler Helmut Kohl: Aussiedler sind uns willkommen**

Zu einer großen nationalen Anstrengung zugunsten der Aussiedler hat Bundestkanzler Helmut Kohl alle Deutschen aufgerufen. In diesem Jahr werden 200.000 Deutsche aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion bei uns erwartet. Der Kanzler sagt: „Wenn wir zusammenhalten, wenn Bund, Länder und Gemeinden, die Kirchen und soziale Organisationen jetzt helfen, daß diese Menschen eine neue Heimat finden, muß das doch gelingen. Für die deutschen Landsleute werde das Notwendige getan, „auch wenn das Geld kosten wird“.

**Auto-Produktion auf neuer Rekordhöhe**

Mit knapp 2,5 Millionen Wagen legte die deutsche Auto-Industrie im ersten Halbjahr einen neuen Produktionsrekord auf. In der zweiten Hälfte wird sich nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie die positive Entwicklung fortsetzen.

Das Modell zeigt eine Kombination für den Herbst 1988 aus der Kollektion der Hamburger Modeschöpferin Daniela Bechtolf

Foto: Kim Knott, Deutsche Vogue

# Vom Binnenmarkt haben wir alle was



Hans Eichel vor CDU

Europa ist ein Markt, der sich in den letzten Jahren immer mehr geöffnet hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

### Chancen für Arbeitsplätze

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

### Super 88

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

## Nachrichten

### Wasserschadstoffe

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.



So können wir die Nordsee retten

### Wasserschadstoffe

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

### Wasserschadstoffe

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat. Die Integration der europäischen Märkte ist ein Prozess, der sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt hat.

# Neues CDU extra

## „Wirtschaft auf vollen Touren/Super 88“

Ab sofort steht mit der neuen Ausgabe von CDU extra allen Verbänden wieder ein aktuelles Massenverteilmittel zur Verfügung. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe stehen Berichte über die auf vollen Touren laufende Wirtschaft. Die erfolgreiche Ostpolitik von Bundeskanzler Helmut Kohl ist ein weiterer aktueller Schwerpunkt vor dem Hintergrund der Reise des Bundeskanzlers nach Moskau. Argumentativ und einprägsam werden noch einmal die Steuerreform und die Gesundheitsreform erläutert und begründet. Mit Artikeln und Nachrichten zum Thema Umweltschutz greift CDU extra

das ständig wachsende Interesse der Bundesbürger für den Umweltschutz auf.

Mit diesem aktuellen Verteilmittel sind Sie bestens gerüstet für Ihre herbstlichen Aktionen und Informationsstände.

### Zum bewährten Preis!

CDU extra „Wirtschaft auf vollen Touren/Super 88“, 8 Seiten, vierfarbig, zum gewohnt günstigen Preis von 10 Pfennig. Bestell-Nr.: 2099  
 Mindestabnahme: 250 Exemplare  
 Preis pro Mindestabnahme: 25,- DM zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:  
**IS-Versandzentrum, Postfach 1328  
 4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# „Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“

## 29. Bundestagung des EAK der CDU/CSU

Unter diesem Motto lädt der EAK-Bundvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, MdL, am 7./8. Oktober 1988 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zur 29. Bundestagung des EAK der CDU/CSU ein. Die Veranstaltung wird am Freitag, dem 7. Oktober, um 20 Uhr mit dem „Theologischen Abendgespräch“ zwischen Bundesumweltminister Klaus Töpfer und Landesbischof D. Hans von Keler eröffnet.

Generalsekretär Dr. Heiner Geißler und Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble werden am Samstagvormittag die Hauptvorträge halten. Im Anschluß daran bieten folgende Gesprächsforen Gelegenheit, mit den Podiumsteilnehmern, zu denen u. a. Dr. Reinhard Göhner, MdB, Prof. Dr. Martin Honecker, Prof. Dr. Wolf Häfele, Frau Prof. Dr. Traute Schroeder-Kurth und Christa Thoben, MdL, zählen, intensive Diskussionen zu führen:

**Forum I:** Das Leben schützen

**Forum II:** Die Schöpfung bewahren

**Forum III:** Die Zukunft sichern

Bitte fordern Sie ein ausführliches Programm an:

**Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1**  
**Telefon (02 28) 544-302**

# UID

27/88

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.  
**Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.